

Teil 1

Die erste Zeit der Habsburger 1250 bis 1308

Kapitel 1: Das Ende der Stauferherrschaft

Kaiser Heinrich IV. hatte mitten im Investiturstreit 1079 seinen Gefolgsmann Friedrich von Staufen mit seiner Tochter Agnes "von Waiblingen" vermählt und ihm das Herzogtum Schwaben übertragen. Insbesondere deren Sohn, der zweite staufische Herzog Friedrich "der Einäugige" baute zwischen 1105 und 1147 das Herzogtum Schwaben zur Machtgrundlage für den Aufstieg seines Hauses aus, und unter dem Enkel Friedrich Barbarossa, der 1152 zum König und Kaiser gewählt wurde, wurde Schwaben zum "Reichsland", zur Basis für die nach Italien und in den Mittelmeerraum ausgreifende Kaiserpolitik.

Bis 1079 war Schwaben ein Stammesherzogtum gewesen, aber beschleunigt durch die faktische Teilung im Investiturstreit und den Aufbau des Staates der Herzöge von Zähringen entwickelte sich das staufische Herzogtum Schwaben wie die anderen deutschen Fürstentümer zu einem Gebietsherzogtum, für das die alten Stammesgrenzen keine Rolle mehr spielten. So war für Herzog Friedrich den Einäugigen das Elsass das Kerngebiet seiner Bemühungen um territoriale Durchdringung, mit Burgenbau, Straßensicherung, Eroberung und Landtausch und mit Städtegründungen. Unter Friedrich Barbarossa kam der reiche Besitz seines Onkels Konrad in Franken dazu, und seit Heinrich VI. war das "Herzogtum Schwaben" ein von den Staufern kontrollierter süddeutscher Machtkomplex, der vom Elsass bis nach Nürnberg reichte. Indirekt dazu gehörte auch das Herzogtum Bayern, das Friedrich Barbarossa seinem Gefolgsmann Otto von Wittelsbach übertragen hatte, nachdem es Heinrich dem Löwen 1180 abgesprochen worden war, und die rheinische Pfalzgrafschaft, die ein Halbbruder Barbarossas bekam und die 1214 von den Wittelsbachern "erheiratet" wurde.

Wir können im Nachhinein den Aufbau der Territorialherrschaft und den Wandel zum Gebietsfürstentum als wichtigste verfassungsgeschichtliche Veränderung des zwölften Jahrhunderts konstatieren, aber das war kein theoretisches Konzept einer Gebiets- oder Verfassungsreform, sondern eine allmähliche und kaum bewusste tatsächliche Entwicklung, deren Anfänge schon auf die Kämpfe der Salier um ihr sächsisches Herrschaftsgebiet und die faktische Unabhängigkeit Norddeutschlands seit dem letzten Salierkaiser zurückgehen. Barbarossa hat im Norden und Westen sehr wenig eingegriffen, und nur als Schiedsrichter, und aus eben diesem Grund sah er das Herzogtum Schwaben als eigene Machtbasis für so wesentlich an.

Deutlich wird uns die große Veränderung am Ende des zwölften Jahrhunderts in dem Erbreichsplan, den Heinrich VI. 1196 auf einem Hoftag in Würzburg vorlegte. Heinrich wollte von den Fürsten den Verzicht auf die Königswahl, also die reine Erbfolge im Königtum, so wie sie sich in den Fürstentümern bereits durchgesetzt hatte. Dafür war er bereit, ihnen eine sehr große Selbständigkeit zuzuerkennen und ihre Erbfolge nicht nur in der männlichen, sondern auch in der weiblichen Linie zu garantieren. So würde das Reichsfürstentum auch beim Fehlen eines Sohnes weiter bestehen und vererbt werden können. Offenbar unterschrieben die in Würzburg anwesenden Fürsten diesen Reformplan, der die Rolle des Königs gegenüber den Fürsten auf die des obersten Gerichtsherrn im Fürstengericht reduzierte. Der Gewinn für Heinrich war die klare Erbfolge und die größere Handlungsfreiheit, die ein staufischer Kaiser mit dem Krongut Schwaben und dem nicht zum Reich gehörenden, aber von Heinrich angeheirateten normannischen Königreich Sizilien gegenüber dem dazwischen liegenden Reichsitalien gewann.

Vermutlich waren es deshalb vor allem päpstliche Bedenken und Einflüsterungen, die Ende des Jahres 1196 die Fürsten dazu brachten, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Philipp von Schwaben, der Unterhändler Heinrichs VI. in Deutschland, pendelte zwischen den Fürstenhöfen und erreichte gegen Rückgabe der Zustimmungsbriefe die Wahl des kleinen Friedrich zum König, die zum Jahresende 1196 erfolgte. Der frühe Tod Heinrichs VI. im September 1197 stürzte dann das Reich in eine tiefe Krise, als deren Ergebnis die Fürsten die im Erbreichsplan vorgesehenen Rechte im "Statutum in favorem principum" Friedrichs II. von 1231 ohne entsprechende Gegenleistung zugesichert bekamen. So waren sie die eigentlichen Gewinner.

Allerdings waren diese Reichsfürstentümer noch keine einheitlichen und planvollen Gebilde, sondern eine Ansammlung von höchst unterschiedlichen rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten. In der früheren Forschung wurden immer wieder bestimmte Rechte und Möglichkeiten als konstitutiv für die Ausbildung der Landesherrschaft angesehen: der Grundbesitz, die Verfügung über die Kirche, die Vogtei, die Grafschaft oder die Pfalzgrafschaft als Ausübung der staatlichen Herrschaft, die niedere und die höhere Gerichtsbarkeit, aber auch Glück beim Erben und Hartnäckigkeit und Gewalttätigkeit bei der Suche nach territorialer Geschlossenheit. Heute weiß man, dass das alles zusammenwirken kann und dass die Reichsfürstentümer in ihren Anfängen Einflusszonen mit sehr unterschiedlichen rechtlichen Zuordnungen waren.

Das gilt vor allem für den staufischen Machtkomplex um 1200. Die Wittelsbacher mit dem Herzogtum Bayern und später auch mit der Kurpfalz gehörten zwar zur staufischen Klientel, aber sie waren natürlich selbständige und gleichrangige Reichsfürsten, denen man nichts befehlen konnte, sondern auf deren Treue und guten Willen man angewiesen war. Ähnlich war es mit den Bistümern, Worms, Speyer, Straßburg, Basel, Konstanz, Augsburg und Würzburg, auf deren Besetzung die Staufer Einfluss nahmen, aber deren Amtsinhaber doch nicht immer willfährige Parteigenossen waren. So war im Elsass manches zwischen Straßburg und dem staufischen Besitz strittig. In Würzburg setzte Heinrich VI. zunächst seinen vierzehnjährigen Bruder Philipp als Amtsverweser ein, aber bevor er endgültig geweiht werden konnte, musste er nach dem Tod eines älteren Bruders wieder weltlich gemacht werden, um die Familie zu sichern, und Würzburg fiel an einen anderen. Ob diese Bistümer selbständige Reichsfürstentümer oder Teil des Territoriums waren, war wie in anderen Fällen noch nicht klar entschieden. Ähnlich stand es mit einer Reihe bedeutender Familien im Land, als ranghöchste die Badener, eine Nebenlinie der Zähringer, die den Markgrafentitel (ursprünglich von Verona) führten und ihr Zentrum zunächst in Stuttgart und Backnang hatten, sich aber seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts nach der Burg Baden nannten. Es gab zwei aus dem Land stammende Familien mit auswärtigen Herzogstiteln, die Herzöge von Teck und die von Urslingen. Aber auch alte hochadlige Familien wie die Grafen von Calw, von Tübingen oder von Württemberg sahen sich prinzipiell als gleichrangig an und mussten vorsichtig behandelt werden.

Auf der anderen Seite waren Teile des staufischen Gebietes sehr direkt unter der Kontrolle des Herzogs. Dazu gehörte vor allem der linksrheinische Bereich, das Elsass und die Südpfalz ("Kaiserslautern"), aber auch der fränkische Raum zwischen Wimpfen und Nürnberg. Hier war der Besitz mit Burgen, Straßen und Städten gesichert. Vertreter der Herrscher waren Ministeriale, unfreie Dienstleute mit einer sehr hohen Loyalität. Der Landesausbau wurde unter Friedrich II. noch weiter intensiviert, auch mit Hilfe des einfachen Stadtbürgers Woelfelin aus Hagenau, der als "Schultheiß" (scultetus) seit 1215 die Baumaßnahmen durchführte und koordinierte und 1237 wegen Unterschlagungen eingesperrt wurde. Friedrich II. kannte die Verhältnisse in Schwaben recht genau und griff immer wieder regulierend ein, am stärksten bei seinem zweiten Deutschlandaufenthalt zwischen 1235 und 1237, als er auch seinen ältesten Sohn Heinrich als König absetzte.

Ein störendes Ärgernis für die staufische Territorialbildung war das kleinere, aber geschlossene Territorium der Zähringer zwischen Freiburg und Bern. Als deshalb 1218 mit

Berthold V. die zähringische Hauptlinie im Mannesstamm ausstarb, nutzte Friedrich II., der seit 1213 in Hagenau residierte, die Gunst der Stunde, denn ein Streit um das Erbe war vorprogrammiert. Es gab Ansprüche älterer Verwandter wie der Herzöge von Teck, aber die Haupterben waren die Schwestersöhne des letzten Zähringers, und seine beiden Schwäger Ulrich von Kyburg und Egino von Urach konnten sich nicht einigen. König Friedrich kaufte den Herzögen von Teck ihre Ansprüche ab, und von Reichs wegen zog er alle möglichen Rechte ein. So ging die Reichsvogtei Zürich ebenso wie das Rektorat über Burgund verloren, Zürich und Bern wurden freie Städte. Die Grafschaft Ortenau mit Gengenbach und Offenburg und damit die Kinzigstraße bis Villingen nahm Friedrich an sich, dazu die Vogtei über die Schwarzwaldklöster St. Blasien, St. Georgen und Tennenbronn. Den Herzogstitel der Zähringer erklärte der König für erledigt. Die Uracher, auf der rechten Rheinseite die Haupterben, nannten sich fortan Grafen von Freiburg. Die Kyburger behielten den Besitz in der heutigen Nordschweiz. Der eigentlich Sieger aber war der Staufer Friedrich, der ein konkurrierendes Reichsfürstentum auf elegantem Weg beseitigt und den staufischen Einflussbereich geschickt vergrößert hatte.

Das staufische Herzogtum Schwaben befand sich jedoch insgesamt in einer widersprüchlichen Lage. Auf der einen Seite nutzten die Staufer von Friedrich I. bis zu Friedrich II. alle Möglichkeiten der Königs- und Kaisermacht, um ihren Territorialbesitz zu stärken und zu erweitern, aber auf der anderen Seite beanspruchten sie auch dessen Ressourcen immer schonungsloser für ihre große Politik. Spätestens seit Heinrich VI. war die herzogliche Politik nur noch eine Unterabteilung der Königs- und Kaiserpolitik, und seit der Wahl Philipps von Schwaben zum König 1198 gab es bis auf die Zeit von 1217 bis 1220 überhaupt keinen ausdrücklichen Herzog von Schwaben mehr. Da aber seit dem Tod Heinrichs VI. 1197 die staufische Position in Deutschland und Europa und die Kaiserpolitik in Italien auf eine sehr starke und von Papst Innozenz III. geleitete Opposition stießen, mussten die staufischen Könige von Philipp von Schwaben über seinen welfischen Schwiegersohn und Nachfolger Otto IV. bis zu Friedrich II. die Reserven ihres staufischen Herzogtums angreifen, um ihre Anhänger zu belohnen und bei der Stange zu halten. Philipp von Schwaben wie Otto IV. und Friedrich II. wurde deshalb auch vorgeworfen, mit dem staufischen Erbe zu großzügig und verschwenderisch umgegangen zu sein.

So übertrug Friedrich II. dem Markgrafen Hermann von Baden im Zusammenhang mit dem Erbausgleich um die Pfalz 1214 die Stadt Pforzheim und 1219 die von seinem Vater Heinrich gegründeten Städte Durlach, Eppingen, Sinsheim und Lauffen. Er gab also bisher direkt kontrollierten Besitz ab. Ähnliches geschah wohl immer wieder. Ministeriale wie die von Tanne, die späteren Truchsess Waldburg wurden aufgewertet, Städte und Burgen wurden an wichtige Gefolgsleute vergeben und gleichzeitig deren Abhängigkeit gelockert.

Seit der Machtkampf zwischen Kaiser und Papst nach 1239 in irrationaler Weise eskalierte und der Papst auch im Herzogtum Schwaben zum Abfall von der zum Untergang verurteilten Dynastie aufrief, beschleunigte sich dieser Prozess der Lockerung und des Machtgewinns. Ob auf der staufischen oder auf der gegnerischen Seite, überall setzte sich ein Klima der Selbstsicherung und der Selbstbedienung durch. So verriet die Grafen von Württemberg 1246 bei Frankfurt während der Schlacht den Staufer Konrad IV. und gingen gegen entsprechende Zusagen zum Gegenkönig Heinrich Raspe über, und der junge Konradin bestätigte und erweiterte 1259 diese Zusagen, um die Württemberger wenigstens formal zu einer Anerkennung seiner Position als Oberherr zu bringen. Vom Ausverkauf Schwabens zwischen 1250 und 1270 profitierten nicht nur die Württemberger. Die bayrischen Wittelsbacher sicherten sich ehemals welfischen Besitz bei Augsburg, die Bistümer verselbstständigten sich, und die fürstlichen Herrschaften wurden abgerundet und erweitert.

Auch Rudolf von Habsburg nutzte die Stunde. Die Habsburger waren ein elsässisches Adelsgeschlecht, das unter den Stauern zu Macht und Ansehen aufstieg. Rudolf wurde 1218 von Friedrich II. in Hagenau als Täufling über die Taufschaale gehalten, und an seine Familie fiel schließlich der früher zähringische und dann kyburgische Besitz am Hochrhein

und im Aargau. Rudolf hielt zu den Staufern, und 1267 begleitete er Konradin bis nach Verona, bevor er umkehrte. Aber Rudolf ließ sich seine Treue durch Abtretungen im Elsass auch teuer bezahlen, und nach dem Ende Konradins setzte er sich zumindest im südlichen Elsass als faktischer Erbe der Staufer durch. Die Nachricht von seiner Königswahl erreichte ihn bei der Belagerung von Basel, wo er mit dem Bischof um Macht und Einfluss kämpfte. Sein hauptsächlicher Fürsprecher beim Kurfürstenkollegium war der hohenzollerische Burggraf von Nürnberg aus einer hochadligen und mit Rudolf verschwägerten Familie, die auch unter den Staufern Karriere gemacht hatte und im fränkischen Raum die Staufermacht vertrat und nach dem Ende der Staufer selbständig weiterführte.

Kapitel 2: Das Interregnum und die Wahl Rudolfs von Habsburg

Das Interregnum, bei Schiller "die kaiserlose, die schreckliche Zeit", verdient eigentlich diesen Namen für Deutschland nicht ganz. Der Gegenkönig Wilhelm von Holland war nach dem Abgang Konrads bis zu seinem Tod 1256 unangefochten, und 1257 wurden gleich zwei Fürsten zum König gewählt. Bei dieser Wahl waren zum ersten Mal die sieben Kurfürsten die allein ausschlaggebenden Wähler: die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier, der Wittelsbacher Pfalzgraf bei Rhein, der Markgraf von Brandenburg, der Wettiner Herzog von Sachsen und der König von Böhmen. Wegen der Unklarheit über Schwaben fehlte ein Vertreter dieses Kerngebiets, und dabei blieb es später auch. Drei Kurfürsten entschieden sich für Richard von Cornwall, den Bruder des englischen Königs, der reichlich Geld verteilt hatte, drei andere für König Alfons von Kastilien, einen Enkel Philipps von Schwaben, der sich schon (rechtlich unerheblich) in Pisa zum König und Kaiser hatte wählen lassen. Die böhmische Stimme wurde bei beiden Wahlen abgegeben. Das Ergebnis dieser ersten Kurfürstenwahl war also ein Durcheinander. Richard von Cornwall kam sofort nach seiner Wahl nach Deutschland und wurde auch zu Himmelfahrt 1257 vom Kölner Erzbischof in Aachen gekrönt. Aber er musste nach England zurück, um seinen Bruder zu unterstützen, und Alfons von Kastilien kam nie nach Deutschland. Doch das bedeutet nicht, dass sie sich nicht damit beschäftigt und Entscheidungen getroffen hätten.

Die schwierigste Frage war dabei die Besetzung des Herzogtums Schwaben. Zum einen war das Erbrecht des nachgeborenen Konradin, den die Wittelsbacher schützten, eigentlich nicht zu bestreiten, nachdem die Erblichkeit der Reichslehen sich in der Stauferzeit generell durchgesetzt hatte. Andererseits aber war die Herrschaft über Schwaben die Voraussetzung der hundertjährigen staufischen Königs- und Kaiserpolitik gewesen, und eine Kaiserpolitik ohne Schwaben war kaum denkbar. Da der Papst die Staufer generell von der Herrschaft ausgeschlossen hatte (eine Wahl des kleinen Konrad hatte er 1257 ausdrücklich verboten), blieb also nur ein Königtum ohne Schwaben oder die rechtlich problematische Aberkennung des staufischen Anspruchs auf Schwaben. Wilhelm von Holland versuchte, mit dem Begriff der "Bewahrung des Reichsguts" die staufischen Ansprüche zu unterlaufen und den Anspruch zu splitten. Aber das Reichsgut war nach einer hundertjährigen Entwicklung zum Territorialstaat ein anachronistischer Begriff. Alfons von Kastilien erhob schon seit 1255 einen Erbanspruch auf Schwaben. Richard von Cornwall dagegen anerkannte zunächst Konradins Recht auf Schwaben und hoffte dadurch auf den staufischen Anhang. Wegen eines Streits um die Zugehörigkeit Zürichs sprach König Richard bei einem zweiten Besuch in Deutschland 1262 in Hagenau abschätzig von "Konrad, der sich Herzog von Schwaben nennt". Bei seiner Rückkehr nach England wurde er allerdings gefangengenommen und verschwand für ein Jahr im Tower. Für Deutschland spielte er danach keine Rolle mehr, obwohl er erst 1272 starb.

Der Untergang Konradins 1268 in Italien verschärfte den französischen Druck auf die Kurie und vergrößerte die Spannungen in Italien. Das Kardinalskollegium war so tief gespalten, dass es von 1268 bis 1271 zu keiner Papstwahl kam. Schließlich wurde ein Außenseiter gewählt, Tebaldo Visconti, Archidiakon von Lüttich, der gerade von einer Reise in die Kreuzfahrerstaaten zurückkam, die um ihr Überleben kämpften. Der neue Papst Gregor X.

sah es als seine Hauptaufgabe an, den Kreuzzugsgedanken wieder zu beleben, und dazu brauchte er einen Kaiser. Deshalb forderte er die deutschen Kurfürsten ultimativ auf, einen neuen König zu wählen. Der Mainzer Erzbischof Werner von Eppenstein bereitete die Wahl vor und lud die Kurfürsten zur Wahl nach Frankfurt ein. König Ottokar von Böhmen, der seit längerem seine eigene Wahl betrieb, konnte nicht teilnehmen, legte jedoch vorsorglich Protest gegen das Ergebnis ein. Doch die Rechtmäßigkeit der böhmischen Kurstimme war so oder so umstritten.

Die Kurfürsten standen vor einer schwierigen Wahl. Sie sollte gemäß der Tradition in Frankfurt stattfinden, aber Frankfurt hatte sich mit anderen Reichsstädten verschworen, nur eine einstimmige Wahl anzuerkennen. Ein eindeutiger Kandidat war nicht da, und auch das Profil für den zu findenden König war problematisch. Das Volk sehnte sich nach einer charismatischen Lichtgestalt, einem guten und mächtigen Herrscher, der alle Probleme lösen und Ordnung und Frieden zurückbringen würde. Die Reichsfürsten wollten keinen, der sie in ihrer im Interregnum weiter gewachsenen Selbstständigkeit beeinträchtigen konnte. Rudolf von Habsburg, der selber kein Reichsfürst war, schälte sich als Kompromisskandidat heraus. Er war ein Stauferschützling und Stauferanhänger, und Friedrich II. war sein Taufpate gewesen. Das mochte als charismatische Legitimation ausreichen. Außerdem war er dank seiner Geschicklichkeit der mächtigste Staufererbe im Herzogtum Schwaben, vor allem im Elsass, und eine Königs- und Kaiserpolitik ohne eine starke Basis in Schwaben konnte sich eigentlich niemand vorstellen. Doch trotz seines inzwischen beachtlichen Territorialbesitzes war er nur ein Mann aus der zweiten Reihe, ein Graf, aber kein Reichsfürst, und einer, mit dem man schon fertig werden würde, wenn er sich zuviel herausnahm. Nachdem die Kurfürsten sich also auf Rudolf geeinigt hatten, holte ihn der Burggraf Friedrich von Zollern nach Frankfurt, wo er am 1. Oktober 1273 feierlich gewählt wurde. Am 24. Oktober wurde er zusammen mit seiner Ehefrau Gertrude von Hohenberg, aus einer zollerischen Seitenlinie, in Aachen gekrönt.

Das Kurfürstenkollegium hatte seine Aufgabe erfüllt und einen neuen König gewählt, der auch schnell allgemeine Anerkennung fand. Rudolf hatte sich bei der Wahl verpflichtet, das Reichsgut zu sammeln und nichts davon ohne Zustimmung der Kurfürsten auszugeben, aber er musste ihnen gleich nach der Wahl ihren Besitz und ihre Privilegien bestätigen. Da Rudolf sechs Töchter hatte, gelang es ihm in den nächsten Jahren, sie in die weltlichen Kurstimmen einheiraten zu lassen und so seinen Einfluss zu vergrößern. Eine wesentliche Frage ließen die Kurfürsten allerdings aus gutem Grund unbeantwortet, die nach der Wiederbesetzung oder Wiederherstellung des Herzogtums Schwaben. Denn ein Herzog gegen den neuen König hätte einen Dauerkonflikt bedeutet, die Verbindung des Herzogtums Schwaben mit der Königswürde hätte den neuen König zu mächtig gemacht, und jede Ernennung wäre in Schwaben auf eine beachtliche Opposition gestoßen. So ließen die Kurfürsten dieses Problem in der Schwebe.

Kapitel 3: Die schwäbische Politik Rudolfs und die Gegenkräfte

Rudolf von Habsburg dachte in den Bahnen seiner Vorgänger und sah es als seine wichtigste Aufgabe, in Schwaben eine ausreichende Machtbasis aufzubauen. Dazu diente ihm das Instrument der Revindikation, der Rückforderung von Reichsgut, das nach 1245 verliehen oder entfremdet worden war. Dieses Reichsgut sollte in Landvogteien zusammengefasst und von einem Beamten für das Reich und den König verwaltet werden. Die Revindikationen trugen vor allem im Südwesten zur Abrundung der habsburgischen Macht und zur Einbeziehung der Reichsstädte bei, aber ihre Möglichkeiten waren begrenzt, weil sie nur gegen kleine "Veruntreuer" angewendet werden konnten. Das Ziel Rudolfs war die Wiedererrichtung eines wenn auch abgespeckten Herzogtums Schwaben im Südwesten. Er ging dieses Ziel langsam und vorsichtig an, aber er verlor es nie aus den Augen.

Er wurde allerdings zeitweilig abgelenkt durch die Auseinandersetzung mit König Ottokar von Böhmen. Dieser hatte die Witwe des unglücklichen Stauferkönigs Heinrichs (VII.), die babenbergische Erbtöchter Margarete, gewaltsam aus dem Kloster geholt, in das sie sich zurückgezogen hatte, um sich durch die Heirat mit ihr die Nachfolge in Österreich zu sichern. Gegen die Wahl Rudolfs hatte er Protest eingelegt, und er machte ihn beim Papst als machtlosen kleinen Grafen lächerlich. Deshalb zog Rudolf 1276 gegen Wien, und Ottokar musste den Lehenseid leisten und auf Österreich verzichten. Ein doppeltes Ehebündnis der Kinder sollte den Frieden sichern. Aber Ottokar verwand die Niederlage nicht, und so kam es 1278 zur Entscheidung auf dem Marchfeld, wo Ottokar Schlacht und Leben verlor. Böhmen verblieb bei Ottokars minderjährigem Sohn Wenzel, der mit Rudolfs Tochter Guta verheiratet wurde. Rudolf hielt sich bis 1281 in Wien auf, um in Österreich die Nachfolge seiner Söhne vorzubereiten und zu sichern. 1282 stimmten die Kurfürsten der Belehnung von Albrecht und Rudolf von Habsburg mit Österreich zu und erhoben sie damit in den Reichsfürstenstand.

Für Rudolfs Politik in Schwaben war es wichtig, dass er sich auf die Loyalität seiner hohenbergischen Schwäger verlassen konnte. Auch das Verhältnis zum Konstanzer Bischof war von Bedeutung. Deshalb sorgte er dafür, dass 1274 ein naher Verwandter, Rudolf von der Linie Habsburg-Laufenburg, neuer Bischof wurde. Es gab aber auch starke Gegenkräfte. Die Reichsstädte standen zu Rudolf als König, aber sie wehrten sich gegen eine Einbeziehung in die habsburgische Territorialpolitik. Auch die hochadligen Familien wollten sich keiner Oberherrschaft der Habsburger unterwerfen.

Der hartnäckigste Gegner war der Graf von Württemberg, der sich beim Ausverkauf des staufischen Besitzes zielgerichtet und hemmungslos bedient hatte. Die Württemberger sind ein altes hochadliges Geschlecht, vielleicht westfränkischen Ursprungs, auf den die Namensgleichheit einer Burg in Luxemburg hinweist. Vermutlich sind sie mit den Grafen von Nellenburg und von Veringen näher verwandt. Erhalten ist das Datum 1083 für die Einweihung der Kapelle auf der Stammburg. Aus der Zeit stammen auch die ersten urkundlichen Erwähnungen der Grafen von Württemberg. Der ursprüngliche Besitz lag im Neckartal und im Remstal, die erste Begräbnisstätte war Beutelsbach. Graf Ulrich von Württemberg, der von 1241 bis 1265 regierte, war mit Mechthild von Baden verheiratet und erhielt vor 1245 als Mitgift die von Mechthilds Vater Hermann V. gegründete Stadt Stuttgart. 1246 ging Ulrich in der Schlacht von Frankfurt mit 2000 Rittern und Kämpfern zum Gegenkönig Heinrich Raspe über, und vor 1250 war er schon im Besitz Waiblingens und der Vogtei für das Kloster Lorch, das alte staufische Hauskloster. 1252 erhielt er die Vogtei über das Kloster Denkendorf und die Stadt Markgröningen mit der Reichssturmflagge. Auf diese und andere Verleihungen durch König Wilhelm von Holland folgte eine Annäherung an Konradin mit einer Bestätigung der bisherigen Erwerbungen und dem Titel eines Marschalls von Schwaben, aber auch Übertragungen durch Richard von Cornwall, vor allem das Erbe der Uracher Grafen. Graf Ulrich mit dem Beinamen "mit dem Daumen" oder auch der Stifter, weil er das Stift Beutelsbach neugegründet hatte, konnte also in seiner Regierungszeit durch geschicktes Taktieren und häufige Seitenwechsel seinen Besitz enorm vergrößern.

Nach Ulrichs Tod 1265 folgte ihm sein elfjähriger Sohn Ulrich, der aber schon 1279 starb, und dessen Bruder Eberhard, der nach dem Tod des Vaters und mit Kaiserschnitt zur Welt gekommen zu sein scheint. Die letzten Worte der Mutter sollen davor gewarnt haben, dass es im Schwabenland keinen Frieden geben werde, so lange dieses Kind am Leben sei. Das wird eine nachträgliche Legende sein, die aber die Regierungszeit Eberhards "des Erlauchten" richtig kennzeichnet. 1281 trat der Sechzehnjährige erstmals auf einem Reichstag in Nürnberg in Erscheinung, wo es um die Revindikation unrechtmäßig erworbenen Reichsguts ging. Das führte in der Praxis zu einer mehr als dreijährigen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen König Rudolf und Graf Eberhard, die 1286 zur Belagerung von Stuttgart führte (die "Wagenburg" bezeichnet heute noch den königlichen Lagerplatz), aber schließlich mit einem Vergleich endete, der alles beim Alten ließ. 1288 wiederholte ein neuer Schiedsspruch diesen Vergleich. Eberhard hatte also alle umstrittenen Erwerbungen seines Vaters halten können.

Auch die Markgrafen von Baden bemühten sich um die Erweiterung ihres Besitzes. Hermann V., der Schwiegervater Ulrichs des Stifters, starb 1243 und wurde zuerst in Backnang begraben, aber 1247 in das neugegründete Kloster Lichtental überführt. Seine Söhne Hermann VI. und Rudolf regierten zunächst gemeinsam. Hermann versuchte durch die Ehe mit einer Babenbergerin Österreich zu gewinnen. Er starb 1250 in Wien. Sein Sohn Friedrich wurde von den bayrischen Wittelsbachern aufgenommen und mit Konradin zusammen erzogen. Er begleitete ihn nach Italien und wurde 1268 in Neapel mit Konradin hingerichtet. Die badische Herrschaft lag in den Händen von Markgraf Rudolf, der im Interregnum seine Stellung ausbaute, die durch die Übertragung der Städte Durlach, Sinsheim, Eppingen und Lauffen 1219 vorgegeben war. So lag um 1250 die Vogtei für die Klöster Weißenburg und Gottesaue ebenso beim Markgrafen wie der Besitz von Mühlburg und Grötzingen. Rudolf kämpfte um den Einfluss in der Ortenau und um die Vogtei über das Kloster Seltz und den damit verbundenen Rheinzoll. Dabei stand er mit den Gegnern des Grafen Rudolf von Habsburg in Verbindung, als der zum König gewählt wurde, und verlor zeitweilig 1273 Mühlburg und Durlach und 1279 Grötzingen, vor allem aber das Kloster Seltz und den Rheinzoll. Als Erbe seiner Frau konnte Rudolf dafür die Burg Eberstein mit dem dazugehörigen Besitz und das Zisterzienserkloster Herrenalb in Besitz nehmen. 1287 führte sein Sohn Hermann einen Krieg mit dem Grafen Burkhard von Hohenberg um den Besitz von Altensteig. Markgraf Rudolf gehörte zu den Reichsfürsten, die aus dem Zusammenbruch des staufischen Herzogtums Schwaben für ihre eigene Stellung gezielt und überlegt das Beste zu machen suchten und deshalb wie der Württemberger zu den Gegnern Rudolfs von Habsburg zählten. Acht Tage vor seinem Tod soll er allerdings seine Söhne gebeten haben, alles zu Unrecht erworbene Gut zurückzugeben. Er starb 1288, und da er acht Kinder und keine klare Erbordnung hinterließ, zerfiel die badische Markgrafschaft für 65 Jahre in mehrere Linien und schied damit aus der großen Politik aus.

Rudolf von Habsburg hatte also nach 1282 seine Politik der Erneuerung des Herzogtums Schwaben wieder aufgenommen, war aber an der Gegnerschaft der Reichsstädte, aber vor allem der hochadligen Familien, der Württemberger und der Badener, gescheitert. Die Jahre zwischen 1284 und 1288 waren ein dauernder Kleinkrieg mit wechselnden Fronten und Parteilägern, in dem Rudolf seine Hausmacht und seine Verbündeten, aber auch seine königlichen Vorrechte einzusetzen versuchte und seine Gegner als Landfriedensbrecher behandelte. Trotzdem konnte er sich nicht durchsetzen., "ein Umstand, welcher die Macht des Reichsoberhauptes in kein glänzendes Licht stellt", wie Stälin in seiner Württembergischen Geschichte feststellte. Schließlich titulierte er seinen Sohn Rudolf 1290 als "Herzog in Schwaben", aber ohne offizielle Übertragung. Vielleicht hätte er sich damit auch durchgesetzt. Aber Rudolf hatte kein Glück mit der Regelung seiner Nachfolge. Sein jüngster Sohn Hartmann, der ihm als König nachfolgen sollte, war schon 1281 beim Übergang über den Rhein ertrunken. Der "Herzog in Schwaben" starb noch 1290, und so blieb nur der älteste Sohn Albrecht übrig, der die habsburgische Macht in Österreich gesichert hatte.

Kapitel 4: Albrecht von Habsburg und die Macht in Schwaben

Auf einem Reichstag in Frankfurt im Juni 1291 versuchte Rudolf, bei den Kurfürsten doch noch die Wahl seines Sohnes Albrecht durchzusetzen, und als er damit scheiterte, zog er sich nach Speyer zurück, wo er am 15. Juli starb. So fand er seine letzte Ruhestätte im Kaiserdom, an der Seite der salischen und staufischen Herrscher.

Der eigentliche Gegner Habsburgs war der Kölner Erzbischof Siegfried von Westerburg, der bei der Verfolgung seiner maßlosen Territorialpolitik mit König Rudolf in Streit geraten war und dafür jetzt Rache nahm. Aber Albrecht war für die Kurfürsten aus persönlichen wie aus sachlichen Gründen nicht wählbar. Persönlich war er klug und klar denkend, jedoch auch anspruchsvoll und hochfahrend, "unwirschen Anblicks", und er wirkte nicht gewinnend und

konnte die Menschen nicht für sich begeistern. Dazu trug vielleicht auch sein wenig ansehnliches Äußeres bei, verstärkt durch das Fehlen eines Auges. Sachlich war er durch die Belehnung mit Österreich in den Reichsfürstenstand erhoben worden und damit gleichrangig, und mit den beiden Blöcken Österreich und Habsburg in Schwaben verfügte er über eine Hausmacht, die den an ihre eigene Position denkenden Kurfürsten durchaus bedenklich erscheinen musste.

Für Albrecht ging es aber zunächst darum, sich die Nachfolge im habsburgischen Gesamtbesitz zu sichern, denn sein harter obrigkeitlicher, gegen die Mitsprache der Stände gerichteter Kurs hatte ihm nicht nur in Österreich viele Feinde geschaffen, sondern führte auch in den habsburgischen Stammländern zu vorsorglichen Abwehrreaktionen. Zürich fasste am 24. Juli den Beschluss, dass ein neuer Stadtherr vom Rat der Stadt bestätigt werden müsse, und Anfang August schlossen die Waldstätten Uri, Schwyz und Unterwalden ein "ewiges Bündnis". Im Oktober verband sich diese "Eidgenossenschaft" zum Schutz ihrer alten Reichsfreiheiten mit der mächtigen Reichsstadt Zürich.

Diese Waldstätten, lange Zeit in alpiner Isolation, waren zu Beginn des 13. Jahrhunderts durch den Ausbau der Gotthardstraße wichtig geworden, die vom Vierwaldstätter See in das Tessin führte und die schnellste Verbindung zwischen Schwaben und Italien darstellte. Friedrich II. und sein Sohn Heinrich (VII.) erwarben zur Sicherung der Kontrolle über diese Straße die Reichsvogteien Uri und Schwyz. Rudolf von Habsburg bestätigte als Erbe der Staufer zwar die Reichsunmittelbarkeit von Uri, blieb aber als König und Territorialherr der Protektor der ganzen Region. Der Bund der Waldstätten nach dem Tod Rudolfs richtete sich gegen den erwarteten Verwaltungszentralismus Albrechts und enthielt einen Artikel, der landfremde Richter und Beamte ausschloss. Von tatsächlichen Konflikten mit Albrecht ist allerdings nichts bekannt. Der Rütlichschwur, Gessler und Wilhelm Tell sind Teil einer Legende, die erst hundertachtzig Jahre später im Weißen Buch von Sarnen als Einleitung zu einer Urkundensammlung auftaucht.

Auch im nördlichen Schwaben löste die Nachricht vom Tod Rudolfs das Ende der brüchigen Friedensordnung aus. Ein neues Interregnum lud zum Zugreifen ein. Der Württemberger Graf Eberhard verbündete sich mit den Pfalzgrafen von Tübingen gegen die Hohenberger und die Zollern. Nach einem kurzen und heftigen Feldzug im August 1291 schlossen Württemberg und Hohenberg Frieden, der mit einer Verlobung der Kinder und einer großen Hochzeit im Dezember in Rottenburg besiegelt wurde. Die Pfalzgrafen von Tübingen waren in diesen Frieden nicht eingeschlossen, und Tübingen wurde im März 1292 belagert und außerhalb der Mauern zerstört. Die meisten kirchlichen Fürsten, auch der Bischof von Konstanz aus der habsburgisch-laufenburgischen Linie und der von Rudolf abgesetzte und jetzt zurückgekehrte Abt Wilhelm von St. Gallen standen in Opposition zu Habsburg.

Albrecht musste also zuerst seine Position in Schwaben sichern und stärken. Im Elsass war seine Position unangefochtener, und hier sammelte er Truppen und Anhang, zunächst noch in der Hoffnung auf einen für ihn günstigen Ausgang der Königswahl in Frankfurt. Als dort aber im Mai 1292 ein anderer gewählt wurde, akzeptierte er das Ergebnis und führte sein Heer gegen Luzern, Zürich und Konstanz. Der Feldzug endete im August mit einem "billigen" Frieden, der beiden Parteien gerecht wurde und die Herrschaft Albrechts anerkannte.

In Frankfurt hatte der Erzbischof von Köln, der "Königsmacher" Siegfried von Westerburg die Wahl Adolfs von Nassau durchgesetzt, eines wirklich "kleinen" Grafen, der dazu in seiner "Wahlkapitulation" die bedingungslose Unterstützung der kurkölnischen Politik und das Recht der Kurfürsten, ihn jederzeit absetzen zu können, unterschreiben musste. Die Bestimmungen enthielten interessanterweise auch die Klausel, dass der neue König nicht ohne die Zustimmung der Kurfürsten über Österreich verfügen könne, sie bestritten damit die Position Albrechts und zogen mit dem Versprechen der möglichen Nachfolge dessen Schwager, den böhmischen König Wenzel II., auf die Seite des Kölner Erzbischofs. Albrecht nahm diese

Herausforderung zunächst nicht an. Er anerkannte die Wahl Adolfs und übergab ihm Ende 1292 in Haguenau die Reichsinsignien.

Adolf von Nassau musste von einer sehr viel ungünstigeren Basis aus die Doppelpolitik Rudolfs wieder aufnehmen, die eigene Hausmacht zu stärken und sie durch die Revindikation von Reichsbesitz und die Anwendung von Reichsrechten zu ergänzen. So zog er den Böhmenkönig durch das Versprechen der Nachfolge in Österreich und durch die Verlobung seiner Tochter mit dessen Sohn weiter auf seine Seite. Aber das Reich war immer noch vor allem mit einem Machtaufbau in Schwaben verbunden. Dort versuchte Adolf Ende 1292 Fuß zu fassen. Er ersetzte überall die habsburgisch gesinnten Landvögte durch seine Parteigänger, die aber im Land keine Wurzeln hatten und deshalb auf große Schwierigkeiten stießen. Durch Gerichtstage in Stuttgart, Überlingen, Ravensburg, Biberach und Rottweil bemühte er sich um den Landfrieden, und im März 1293 lud er zu einem Hoftag nach Esslingen, bei dem jedoch die habsburgische Partei, das südliche Schwaben und das Elsass nicht vertreten waren. Der prominenteste Teilnehmer war Eberhard von Württemberg, und er war der einzige, der sich weigerte, den Landfrieden zu beschwören. Trotzdem standen der König und der Württemberger offenbar in einem vertrauten Verhältnis zueinander, und die Königin war die Taufpatin einer Tochter Eberhards. Adolf war noch bis in den Sommer 1293 in Schwaben, am 6. Juli als Gast einer Hochzeit auf der Burg Weibertreu. Er stellte den Städten und Klöstern Gnadenbriefe aus, in denen er ihre Rechte bestätigte, aber es gelang ihm nicht, sich hier eine wirkliche Macht aufzubauen, solange die Württemberger und die Habsburger sich dem entgegen stellten.

Albrecht von Habsburg betrachtete diese Versuche in seinem eigenen Machtbereich mit Misstrauen, aber er hielt sich öffentlich zurück und stärkte gleichzeitig seinen Anhang. Als König Adolf sich mit Thüringen und der Mark Meißen ein eigenes Reichsfürstentum zulegen wollte, stieß er damit die Kurfürsten vor den Kopf, die im Juni 1297 in Prag gemeinsam mit Albrecht von Habsburg seine Absetzung beschlossen. Bischof Heinrich von Konstanz und Graf Albrecht von Hohenberg übernahmen es, in Schwaben für diese Entscheidung zu werben. Beide Seiten sammelten ihre Truppen. Das erste Mal standen sich die Heere im März 1298 vor Ulm gegenüber, aber Adolf hielt die Reichsfestung und Albrecht vermied die Schlacht. Doch in ganz Schwaben kam es zu Gefechten zwischen den beiden Parteien. So fiel Albrecht von Hohenberg, der Führer der habsburgischen Partei, bei Oberndorf im Kampf mit einem wittelsbachischen Anhänger Adolfs. Eberhard von Württemberg entschied sich in diesem Streit gegen entsprechende territoriale und finanzielle Zusagen schließlich für den Habsburger.

Albrecht wollte den Rhein entlang nach Frankfurt ziehen, wo ein Fürstentag die Absetzung Adolfs aussprechen sollte. Adolf versuchte ihn abzufangen. Im Breisgau und bei Straßburg kam es zu neuen Konfrontationen, aber nicht zur richtigen Schlacht. Weil die Straßburger Bürger die Straße sperrten, musste Adolf mit seinen Leuten auf die rechte Rheinseite ausweichen und über Offenburg und Baden bis Speyer vorrücken, wo er wieder auf die linke Rheinseite überwechselte. Inzwischen war er in Frankfurt in einem förmlichen Prozess für abgesetzt erklärt und Albrecht zum neuen König gewählt worden. Die Entscheidung fiel aber zehn Tage später in der Schlacht von Gölheim am Donnersberg, in der Adolf geschlagen wurde und den Tod fand. Nach der Schlacht legte Albrecht den Königstitel nieder und ließ sich in einer zweiten unanfechtbaren Wahl als König bestätigen. Dabei musste auch er den Kurfürsten erhebliche Zugeständnisse machen.

Schon im Oktober 1300 plante der Erzbischof von Mainz aber die Absetzung Albrechts, der sich durch die Heirat seines Sohnes Rudolf mit der Schwester des französischen Königs verdächtig gemacht hatte. Dagegen forderte Albrecht nun die Aufhebung aller widerrechtlich erhobenen Zölle am Rhein. Der freie Handel war das Anliegen der Städte, die ihn hier unterstützten. Die Zölle waren dagegen eine Haupteinnahmequelle der rheinischen Kurfürsten. Albrecht besiegte die Kurfürsten einzeln, 1301 den Pfalzgrafen in Heidelberg, 1302 den Mainzer und den Kölner Erzbischof und 1303 den von Trier. Sie mussten

okkupiertes Reichsgut herausgeben und auf das Münzrecht und die Zölle verzichten. Die Macht der Kurfürsten war damit zumindest vorläufig gebrochen.

In seinem schwäbischen Machtbereich setzte Albrecht seine Parteigänger wieder als Landvögte ein, vor allem im Elsass und südlich des Rheines. Städte und Klöster förderte er durch Schutz- und Rechtsbriefe, in der Hoffnung, sie so an das Reich und an Habsburg zu binden. In Freiburg vermittelte er zwischen dem Stadtherren Eginio und der Bürgerschaft, und sein Schutzbrief von 1300 machte Freiburg fast zu einer unabhängigen Reichsstadt. Für das nördliche Schwaben fand er eine eigenartige Lösung. Sein neuer Landvogt für Schwaben wurde Eberhard von Württemberg, und in den folgenden Jahren brachte diese Verbindung beider Häuser einen erheblichen Zuwachs an Land und Einfluss, regional abgesprochen für die Habsburger vor allem in Oberschwaben, für die Württemberger die Abrundung ihres Herrschaftsgebietes zum Beispiel mit Neuffen, Kornwestheim, Backnang und Rutesheim. 1304 bei einem Treffen zwischen Eberhard und Albrecht in Ulm wurden sogar genaue Absprachen getroffen. Dabei gehörte das Gebiet der Herzöge von Teck zum habsburgischen Einflussbereich.

Seit 1303 war König Albrecht stärker nach Osten orientiert. Es ging um die Nachfolge in Polen, Böhmen und Ungarn, wo überall habsburgische Ansprüche geltend gemacht werden konnten. Dafür forderte er auch die Unterstützung seiner Verbündeten. Als Eberhard ihm vor Kuttenberg in Böhmen die Gefolgschaft verweigerte, endete die seltsame Allianz. Albrecht lud im September 1305 Eberhard vor das königliche Gericht, und weil er natürlich nicht erschien, wurde er mit Krieg überzogen und in Markgröningen mindestens einen Monat lang belagert, aber ohne Erfolg. So kam es im April 1306 zum Friedensschluss auf der Basis des Status quo, einschließlich der Landvogtei. Trotzdem ließ sich Eberhard von dem böhmischen Konkurrenten Albrechts, Heinrich von Kärnten, anheuern und seinen Einsatz und den seiner Truppen mit gutem böhmischen Silber teuer bezahlen. Diese Einnahmen trugen erheblich zur Zahlungsfähigkeit der Württemberger bei. So konnte Eberhard damit unter anderem den Erwerb von Stadt und Grafschaft Calw, Burg und Stadt Asperg finanzieren.

Eberhard wurde in Böhmen von der Nachricht der Ermordung Albrechts überrascht. Albrecht wurde sozusagen auf der Höhe seiner Macht und im Alter von 55 Jahren mitten im eigenen Herrschaftsbereich und vor den Augen seiner Leute von seinem Neffen Johann Parricida erstochen. Dieser nachgeborene Sohn des 1290 gestorbenen Bruders Rudolf war beim Erbausgleich und bei der Verteilung von Ämtern und Titeln immer wieder leer ausgegangen, vielleicht weil Albrecht seine eigenen Söhne vorzog, möglicherweise aber auch wegen einer gewissen Instabilität, die ihn für Führungsaufgaben als nicht geeignet erscheinen ließ. Nach einem Festmahl, bei dem er sich über seine Benachteiligung bitter beklagt hatte, erstach er unterwegs in der Nähe der Habsburg am 1. Mai 1308 seinen Onkel ohne Vorwarnung. Damit stürzte er das Reich, vor allem aber das Haus Habsburg in eine tiefe Krise. Eberhard der Erlauchte kehrte sofort nach Schwaben zurück, denn von solchen Krisen hatte sein Haus auf dem Weg nach oben noch immer profitiert.

Teil 2

Die Zeit der Luxemburger

1308 bis 1437

Kapitel 1: Heinrich von Luxemburg

Der Tod König Albrechts traf alle unerwartet und unvorbereitet. Im Haus Habsburg löste er eine Führungskrise aus. Der älteste Sohn Rudolf, dem Albrecht Böhmen zugeordnet hatte, war schon 1307 gestorben. Der jetzt älteste war Friedrich "der Schöne", ein von ritterlichem Denken geprägter und gutartiger Charakter, aber kein sehr heller Kopf. Energischer und führungsstärker war der nächste Bruder Leopold. Einvernehmlich versuchten sie, die habsburgischen Angelegenheiten zu regeln und erhoben auch Anspruch auf die Nachfolge im Königtum, aber dem Ränkespiel der Reichspolitik waren sie nicht gewachsen.

Die Kurfürsten ließen sich Zeit mit ihren Sondierungen. 1292 war der Kölner Erzbischof der Königsmacher gewesen und 1298 der von Mainz. Dies war die Wahl des neuen Trierer Erzbischofs. Balduin von Luxemburg war erst im März 1308 im Alter von 23 Jahren in Poitiers vom Papst am selben Tag zum Priester geweiht und als Erzbischof eingesetzt worden. Vorher hatte er mehrere Jahre in Paris Theologie und Jura studiert. Die Familie der Grafen von Luxemburg gehörte zur alten Reichsaristokratie, aber sie hatte im Wettlauf um die Territorialbildung verloren. In der Schlacht von Worringen 1288 hatte der Graf von Luxemburg auf der Seite des Kölner Erzbischofs um die Nachfolge im Herzogtum Limburg gekämpft und mit 3 Brüdern das Leben gelassen. Sein Sohn und Nachfolger Heinrich hatte sich nach dieser Niederlage stärker auf seine französischen Besitzungen konzentriert, er hatte dem französischen König den Lehenseid geschworen und sein jüngerer Bruder hatte seine Ausbildung in Paris erhalten. Dass der so jung Erzbischof von Trier werden konnte, lag auch am Druck des französischen Königs Philipps des Schönen, der den französischen Papst in Frankreich und unter seiner politischen Kontrolle hielt und über einen von ihm protegierten Kurfürsten Einfluss auf die Königswahl nehmen wollte.

Der junge Balduin fand einen Verbündeten in dem Mainzer Erzbischof Peter von Aspelt. Dieser stammte auch aus Luxemburg, allerdings aus kleinen Verhältnissen, er hatte in Italien studiert und war Leibarzt Rudolfs von Habsburg gewesen. Albrecht hatte ihn als habsburgischen Vertrauensmann zum böhmischen Kanzler gemacht, aber dort hatte er sich dann gegen die habsburgische Nachfolge gestellt. Als Dank dafür stieg er 1305 auch mit französisch-päpstlicher Hilfe zum Erzbischof von Mainz auf. Balduin und Peter von Aspelt einigten sich problemlos auf den Grafen Heinrich von Luxemburg als Kandidaten für die Königswahl. Er war als "kleiner Graf" für die anderen Kurfürsten akzeptabel, er hatte gute Verbindungen zum französischen König und war persönlich attraktiv und ein vollkommener Ritter. Der erfahrene Ränkeschmied Peter von Aspelt wusste aber darüber hinaus eine Möglichkeit, wie Heinrich sich nach der Wahl schnell eine größere Hausmacht schaffen konnte, denn in Böhmen gab es gegen den neuen König Heinrich von Kärnten eine erhebliche Opposition.

Es gab noch andere Kandidaten für die Königswahl, darunter den Bruder des französischen Königs, aber bei den Verhandlungen setzten sich die beiden Erzbischöfe immer mehr durch, und zur Überraschung aller wurde Heinrich von Luxemburg im November 1308 einstimmig gewählt. Die allgemeine Erwartung war eine andere gewesen. Überall im Reich gab es nach der Ermordung Albrechts Einungen und Bündnisse kleinerer und kleiner Territorien, die sich gegen die Folgen einer Doppelwahl und die Ungesetzlichkeiten und Unsicherheiten eines langen Thronstreites durch einen solchen Zusammenschluss absicherten und damit auch gleichzeitig einen Druck auf die Kurfürsten ausübten. So verband sich die Stadt und das Domkapitel von Augsburg mit der Stadt Ulm und den bayerischen Herzögen Rudolf und Ludwig zum Schutz ihrer Region vor einem erwarteten "Unfrieden".

Auch für den neuen König Heinrich war die Ordnung in Schwaben eine vordringliche Aufgabe. Im Frühsommer 1309 bereiste er den Südwesten. Er besuchte Territorialherren wie die Oettingen und die Hohenlohe, vor allem aber die Städte Konstanz, Biberach, Ulm, Lauingen, Nördlingen, Hall, Esslingen und Heilbronn. Er erneuerte und erweiterte deren Schutzbriefe als freie Reichsstädte, er hielt Gericht und ließ sich ihre Beschwerden vortragen, die sich immer wieder gegen ihren Landvogt, den Grafen von Württemberg richteten, weil der seine Position ausnutzte, um die Städte in seine Gewalt zu bringen. In Heilbronn traf Heinrich sich mit Peter von Aspelt und Vertretern der böhmischen Kirche, um das Vorgehen in Böhmen zu besprechen. Dort wurde am 15. August auch die Einladung des Papstes zur Romfahrt und zur Kaiserkrönung öffentlich verkündet.

Der König stand wegen Schwaben vor einem gewissen Dilemma. Mit dem gleichen Recht wie gegen Eberhard von Württemberg konnte er auch gegen die Habsburger Brüder vorgehen, aber damit hätte er sich einen Gegner geschaffen, dem er sich nicht gewachsen fühlte. Er einigte sich deshalb mit Habsburg, das auf die Nachfolge in Böhmen verzichtete und dafür in seinen anderen Besitzungen bestätigt wurde. Ab 21. August 1309 lud Heinrich VII. zu einem Hoftag nach Speyer, zu dem auch Eberhard der Erlauchte von Württemberg erschien, und zwar demonstrativ prächtig und mit einem machtvollen Gefolge von 700 Reitern. Als er aber merkte, dass für ihn die Rolle des Angeklagten vorgesehen war, verließ er nach wenigen Tagen im Trotz und ohne Abschied die Veranstaltung. Schon am 25. August war ein neuer Landvogt für Schwaben ernannt.

Ein Jahr später auf einem weiteren Hoftag in Speyer feierte König Heinrich die Hochzeit seines Sohnes Johann mit Elisabeth, der Schwester des letzten Przemyslidenkönigs, und belehnte ihn mit Böhmen. Zu seiner Unterstützung stellte er ein Heer zusammen, mit dem Johann im Dezember in Prag einziehen konnte. Die Regierung in Böhmen übernahm Peter von Aspelt. Ein zweites Heer sollte König Heinrich auf seinem Romzug begleiten, der jetzt vorbereitet wurde und zu dem er im Oktober 1310 aufbrach. Aber der König organisierte noch ein drittes Heer, und zwar zur Wahrung des Landfriedens in Schwaben und gegen Eberhard von Württemberg. Damit sollte auch die Machtübernahme König Johanns in Böhmen unterstützt werden, denn Eberhard war einer der eifrigsten und tatkräftigsten Parteigänger des gescheiterten Böhmenkönigs Heinrich von Kärnten.

Heinrich VII. hatte nicht die Mittel, um selbst dieses Heer zu bezahlen. Umso sorgfältiger bereitete er das Unternehmen vor. Eberhard von Württemberg wurde als "inimicus noster et imperii publicus" in die Reichsacht erklärt. Der Krieg gegen ihn wurde damit zu einem offiziellen Reichskrieg. Militärischer Führer war der neue schwäbische Reichslandvogt Konrad von Weinsberg. Noch in Speyer wurden die Ratsherren der Reichsstädte, angeführt von Ulm, Heilbronn, Wimpfen, Nördlingen, Gmünd, Esslingen, Reutlingen und Rottweil, auf die Stellung von Truppen verpflichtet, "ihre gesamte wehrhafte Einwohnerschaft wie einen Mann". Dafür befreite der König sie für sieben Jahre von allen anderen Diensten, Zöllen und Steuern. Das Reich verzichtete also auf erhebliche Einnahmen, um diesen Krieg zu finanzieren.

Nachdem Eberhard so in Ungnade gefallen war, schlossen sich auch viele Adlige dem Reichskrieg gegen ihn an, und seine Lage wurde mit der Zeit immer bedrängter. Im Mai 1311 erstürmten die Esslinger die Burg Württemberg, der Asperg fiel und Marbach wurde erobert. 1312 wurde sogar das württembergische Erbbegräbnis in Beutelsbach zerstört. Eberhard musste sich beim Neffen seiner badischen Gemahlin, dem Markgrafen Rudolf Hesso, in Besigheim verstecken. Sein Land war bis auf wenige Festungen in der Hand der Gegner, seine Städte ergaben sich dem Reich und erhielten dafür einen Steuererlass. Die freie Reichsstadt Esslingen, die unter dem Druck Eberhards besonders gelitten hatte, übernahm jetzt eine Art Statthalterrolle für Württemberg. Von Italien aus unterstützte der inzwischen zum Kaiser gekrönte Heinrich VII. durch weitere finanzielle Zugeständnisse den Sturz Eberhards. König Johann von Böhmen, der Sohn und Reichsverweser, übernahm die

Verwaltung der "erledigten" Grafschaft Württemberg, und es war nur noch eine Frage der Zeit, bis der Kaiser über sie neu verfügen und sie durch Verleihung an einen seiner Verwandten zum Kern eines luxemburgischen Machtzentrums in Schwaben machen würde.

Kapitel 2: Die Doppelwahl von 1314 und ihre Folgen

Eberhard von Württemberg wurde durch den Tod Kaiser Heinrichs VII. gerettet, der am 24. August 1313 noch nicht vierzigjährig bei Siena am Fieber gestorben war. König Johann stand im September mit einem Heer bei Biberach, als ihn die Nachricht erreichte. Sein Reichsvikariat erlosch mit dem Tod seines Vaters, und unter den Kurfürsten waren vor der Einigung auf einen neuen König lange Sondierungen notwendig. Nach der Tradition der letzten Wahlen, in denen die Nachfolge nie im gleichen Haus geblieben war, musste König Johann sogar um sein Thronrecht in Böhmen kämpfen, denn der jetzt von den Habsburgern gestützte Heinrich von Kärnten hatte immer noch nicht aufgegeben. Johann kehrte nach Böhmen zurück, der Reichskrieg wurde von den betroffenen Reichsstädten zwar noch weiter betrieben, aber Graf Eberhard gewann 1314 den größten Teil seines Territoriums zurück. Er schloss mit einzelnen Städten besondere Verträge und brach so die Front seiner Gegner auf.

Balduin von Trier versuchte gar nicht, seinen Neffen Johann von Böhmen als König durchzusetzen, aber er wollte die habsburgische Nachfolge verhindern. Deshalb schlug er einen Wittelsbacher vor. Die Wittelsbacher hatten mit der Pfalz eine Kurstimme und mit Bayern ein weiteres Reichsfürstentum. Sie waren aber in eine oberbayrische und eine niederbayrische Linie gespalten, und in der oberbayrischen Linie teilten sich zwei Brüder die Herrschaft. Der ältere, Rudolf, regierte in der Kurpfalz, der jüngere, Ludwig, in München. Er führte auch die Vormundschaft über seine niederbayrischen Vettern. Rudolf und Ludwig waren zerstritten, damit war Ludwigs Hausmacht für die Kurfürsten nicht erschreckend. Auch die Habsburger hatten mit den Albrechtsöhnen Friedrich und Leopold eine Doppelspitze, aber sie hielten zusammen. Der eigentliche politische Kopf war Leopold, und der ältere und eher einfältige Friedrich schien deshalb als Kandidat nicht ungeeignet. Die beiden Kandidaten waren zu allem hin Vettern, weil Ludwigs Mutter eine Tochter Rudolfs von Habsburg war, und sie waren befreundet und zum Teil miteinander aufgewachsen.

Balduin von Trier warb für den wittelsbachischen Kandidaten, der Kölner Erzbischof für den Habsburger. Die Sondierungen hatten zu keiner Einigung geführt, sondern die Fronten noch verhärtet. So kam es wieder zu einer Doppelwahl. Am 19. Oktober 1314 erhielt Friedrich der Schöne in Frankfurt die Stimmen des Kölner Erzbischofs und des rheinischen Pfalzgrafen Rudolf, der nicht für seinen Bruder Ludwig stimmen wollte, außerdem die böhmische des vertriebenen Königs Heinrich von Kärnten und die sächsische Kurstimme. Am 20. wurde vor den Toren der Stadt in Sachsenhausen Ludwig von Bayern von Trier, Mainz und Brandenburg gewählt, dazu von Johann von Böhmen und mit der sächsischen Stimme, die von einer anderen Linie beansprucht wurde. Zwei Kurstimmen wurden also auf beiden Seiten abgegeben. Eine Einigung kam nicht zustande, der Kölner Erzbischof krönte Friedrich den Schönen in Bonn, weil Aachen sich für Ludwig erklärte, aber mit den richtigen Insignien. Ludwig wurde am gleichen Tag in Aachen gekrönt, aber vom "falschen" Erzbischof von Mainz und nicht mit der Reichskrone. Nach allgemeiner Ansicht musste die Entscheidung mit den Waffen ausgetragen werden, und Gott würde dann schon den Richtigen siegen lassen. Für das Anliegen der Kurfürsten, keinen zu starken König zu bekommen, war diese Lösung auf jeden Fall vorteilhaft.

Es war klar, dass jede Seite versuchen musste, in Schwaben Anerkennung zu finden. Schon vor der Wahl hatten die Städte Ulm, Kempten und Memmingen bis zu einer einstimmigen Wahl die Habsburgerbrüder als Schutzherrn anerkannt und dafür die Zusage ihrer Freiheiten erhalten. Friedrich der Schöne übernahm im habsburgischen Machtbereich, also im südlichen Schwaben, alle Reichsrechte und warb durch Schutzbriefe für seine Seite. Er hielt sich deswegen fast das ganze Jahr 1315 in Schwaben auf. Zu seinen Anhängern zählte

die Bistümer Konstanz und Augsburg, die Reichsstädte Konstanz, Esslingen, Rottweil und von den adligen Familien die Herzöge von Teck, die verschiedenen Linien der Markgrafen von Baden, denen er Stadt und Kloster Sinsheim verpfändete, dazu die Fürstenberger und die Helfensteiner.

Schwieriger war die Lage in Schwaben für Ludwig von Bayern. Zu ihm hielt der hohenlohische Adel. Auch der Burggraf von Nürnberg, als Hohenzoller traditionell eher auf der Seite der Habsburger, erklärte sich für ihn. Aber der Wittelsbacher war ja schließlich der Kandidat der luxemburgischen Partei, zu deren Interessenbereich Nürnberg gehörte. Von den schwäbischen Reichsstädten erklärte sich zunächst nur Augsburg für Ludwig, der sich wie sein Gegner 1315 hauptsächlich um Schwaben bemühte. Auslöser für die erste Konfrontation der beiden Konkurrenten war Eberhard von Württemberg, der sich sein Land weitgehend zurückgeholt hatte und nun auf das bessere Angebot wartete. Die Reichsstadt Esslingen, die sich im Kampf gegen ihn immer mehr allein gelassen fühlte, übergab schließlich die von ihr gehaltenen Städte Stuttgart und Waiblingen an König Friedrich, der sich mit ihrer Rückgabe die Loyalität Eberhards von Württemberg zu sichern versuchte. Die verbitterten Esslinger kündigten ihm daraufhin die Gefolgschaft, und Friedrich der Schöne belagerte im August 1315 mit württembergischer Hilfe die Stadt, um sie zu disziplinieren. Dafür sicherte Ludwig in einem Schutzbrief vom Oktober alle Rechte der Stadt und die Steuerfreiheiten wegen der hohen Ausgaben für den Reichskrieg gegen Eberhard. Außerdem versprach er, ohne Esslinger Zustimmung keinen Reichsfrieden mit Eberhard von Württemberg abzuschließen

Friedrich konnte die Belagerung Esslingens nicht lange durchhalten, weil Ludwig mit seinen Truppen von Augsburg aus Ulm bedrohte. Im September 1315 standen sich die beiden Anwärter auf dem Lechfeld zwei Wochen gegenüber, aber zu einer Schlacht wollte es keiner kommen lassen. So blieb alles in der Schwebe. Eberhard von Württemberg stand jetzt ganz auf der Seite des Habsburgers. Im Oktober beendete ein Vertrag mit Reutlingen die existenzbedrohende Krise der Grafschaft Württemberg ohne irgendwelche Verluste. Sogar die Reichspfandschaft über Markgröningen wurde wiederhergestellt.

Insgesamt schien die Lage sich für die Habsburger günstiger zu entwickeln. Das änderte sich durch die Niederlage vom Morgarten, die die Habsburger Brüder in ihrem zentralen Machtbereich erlitten. Der Bund der drei Waldstätten von 1291 mit dem Bündnis mit Zürich war eine damals übliche "Einung" zur Sicherung bestimmter Ziele, vor allem der Unabhängigkeit. Die nichthabsburgischen Könige Adolf von Nassau, Heinrich von Luxemburg und jetzt Ludwig von Bayern hatten den Konflikt eher geschürt, indem sie immer wieder Schutzbriefe für die Reichsfreiheit aller drei Waldstätten ausstellten. Als Reaktion auf einen Angriff der Schwyzer gegen das unter habsburgischer Vogtei stehende Kloster Einsiedeln führte Herzog Leopold im November 1315 ein Heer gegen die nach habsburgischer Lesart reichsuntreuen Waldstätten, und dieses Heer wurde in einer engen Schlucht "partisanenmäßig" angegriffen und weitgehend vernichtet. Die Bundeserneuerung vom Dezember 1315 war danach auch deutlich antihabsburgisch. Sie verpflichtete die Partner, ohne gegenseitige Absprache keine Verhandlungen zu führen und keinen neuen Herrn anzuerkennen. König Ludwig beeilte sich, diesen neuen Bund, der sich wie ein Krebsgeschwür im Kernbereich seines Gegners eingenistet hatte, unter seinen Schutz zu nehmen.

Im folgenden Sommer kämpfte König Ludwig im Hohenlohischen um Erbansprüche seiner Anhänger, als König Friedrich sich erneut gegen Esslingen wandte. Deshalb zog er nach Esslingen. Auch hier standen sich die Heere im September 1316 fünf Tage lang gegenüber. Nachdem tagelang Beschimpfungen ausgetauscht worden waren, entstand aus einem Handgemenge der Pferdeknechte eine Art ungewollten und planlosen Gefechtes, das beide Führer zum Rückzug bewog. König Ludwig gab damit sein Bemühen um Schwaben weitgehend auf, und auch Esslingen trat wieder zu Friedrich über, der einen Vertrag mit Eberhard von Württemberg vermittelte und so den früheren Reichskrieg beendete. Für

Schwaben war der Krieg der Anwärter damit entschieden und der habsburgische Friedrich der unangefochtene König. Der württembergische Graf Eberhard hatte seine Land letztlich erfolgreich durch diese schwierige Zeit geführt und konnte jetzt noch manchen Preis einheimsen, vor allem den Hohenstaufen. Weil die Reichfestung zu Ludwig hielt, übertrug König Friedrich die Belagerung und Eroberung an Eberhard, und die eroberte Burg sollte selber das Pfand für ihre Eroberung sein. So ist der Hohenstaufen seit Ende 1319 württembergisch. Im Vergleich mit den württembergischen Gewinnen zeigt sich, wie weit die badische Markgrafschaft durch ihre Teilungen führungslos und in der gewalttätigen Wahrnehmung der Chancen zur Territorialbildung zurückgeworfen war.

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gegenkönigen zog sich hin, weil beide Seiten die Entscheidungsschlacht scheuten. Insbesondere vermied es Ludwig, sich beiden Habsburgerbrüdern Friedrich und Leopold zu stellen. Aber im September 1322 nahm Friedrich bei Mühldorf am Inn allein die Schlacht an, weil er seinen Bruder nahe glaubte. Er wurde geschlagen und gefangen genommen, und gegen alle Erwartung hatte so der Bayer gewonnen, der aber dennoch nur sehr mühsam die allgemeine Anerkennung erhielt. Friedrich war zuerst der Gefangene Ludwigs. Im Januar 1325 verzichtete er auf die Krone und auf die Kontrolle des Reichsgutes und wurde freigelassen. Weil aber sein Bruder Leopold diesen Frieden nicht anerkennen wollten, kehrte er in die Gefangenschaft zurück. Ein zweiter Vertrag legte eine gemeinschaftliche Regierung der beiden Gegenkönige fest. Dagegen protestierten die Kurfürsten. Eine dritte Vereinbarung von 1326 übertrug Friedrich die Würde eines römischen Königs, wenn Ludwig in Italien zum Kaiser gekrönt würde, aber auch das wurde von den Kurfürsten nicht akzeptiert. Auf jeden Fall ersetzten die beiden Konkurrenten den Kampf um die Macht durch eine enge Kooperation, die durch den Tod des tatkräftigeren Leopold 1326 noch unterstützt wurde und bis zum Tod Friedrichs des Schönen 1330 andauerte.

Kapitel 3: Die politische und religiöse Krise des vierzehnten Jahrhunderts

Seit 1323 wurde Ludwig von dem in Avignon residierenden französischen Papst Johannes XXII. heftig angegriffen, weil der Papst das Reichsvikariat und die Entscheidung bei einer Doppelwahl für sich beanspruchte. Der Bayer verteidigte sich und die Reichsrechte bei dem in Avignon gegen ihn geführten Prozess mit juristischen "Appellationen". Nachdem er inzwischen zur Stärkung seiner Hausmacht die Mark Brandenburg auf seinen Sohn hatte übertragen können, ging er 1327 nach Italien und wurde 1328 in Rom von einem "Volkskapitän" zum Kaiser gekrönt. Gegen den Bannstrahl des Papstes aus Avignon richtete er die Absetzung des "Jaques aus Cahors, der sich Papst nennt". Der Streit zwischen Ludwig dem Bayern und der Kurie in Avignon, zwischen Guelfen und Ghibellinen in Norditalien, um die Macht der Kirche und in der Kirche lähmte die erste Jahrhunderthälfte und führte zu einer Spaltung der Christenheit auch in Südwestdeutschland mit Doppelwahlen und Doppelbesetzungen, gegenseitigen Bannflüchen und Absetzungen, fast wie im Investiturstreit zweihundertsechzig Jahre vorher. Das päpstliche Interdikt, das Verbot kirchlicher Handlungen, wurde teils durchgeführt, teils umgangen und nicht beachtet. Die reichen Klöster und Bistümer hielten dabei eher zu Ludwig, weil er den päpstlichen Anhängern ihren Besitz entzog und ihn demjenigen überließ, der die "Reichsexekution" durchführte. So erhielt Württemberg die Schirmvogtei über die Klöster Bebenhausen, Denkendorf, Herrenalb und Hirsau.

Der Streit zwischen Kaiser und Papst mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, Ansprüchen und Absetzungen hatte durch die häufigen Wiederholungen eigentlich inzwischen an Wirksamkeit eingebüßt. Aber dieses Mal wurde er durch eine religiös-kirchliche Auseinandersetzung überlagert und verstärkt. Denn die Päpste hatten zu Beginn des 13. Jahrhunderts zur Stärkung ihrer Position neue Orden zugelassen, die sich nicht in Klöster zurückzogen, sondern in der Welt wirken wollten. Sie arbeiteten an der Basis, in den Gemeinden, standen aber direkt unter dem Papst und durchbrachen so die kirchliche

Hierarchie. Damit waren sie ein päpstliches Machtinstrument zur Durchsetzung der politischen Ziele auch gegen eine (wie etwa im Kampf gegen die Stauer) zögerlich-distanzierte Geistlichkeit. Der 1216 bestätigte Dominikanerorden stellte die theologische Elite, die Hochschullehrer und Gutachter, seit 1232 auch die Inquisitoren. Auf der Predigt des Franz von Assisi bauten die Laienorden auf, in erster Linie die 1210 vom Papst gebilligten Franziskaner oder Minoriten, später dann die Klarissinnen, die Augustinereremiten und andere.

Sie verlangten keine theologische Ausbildung, aber unbedingte Gefolgschaft und unbedingte Armut. Dominikaner wie Franziskaner wanderten zu Fuß und verschmähten Erleichterungen und Luxus, Erscheinungen, die sie bei ihren geistlichen Amtsbrüdern in ihren Predigten oft genug geißelten. Sie lebten konsequent in der Nachfolge Christi, der in ihrem Verständnis arm war, weil er den Besitz ablehnte und die Besitzlosigkeit als notwendige Voraussetzung für den Weg zu Gott ansah. Diese Einstellung und dazu bei den Franziskanern eine einfache volksnahe bilderreiche Sprache förderte das Vertrauen der "kleinen Leute", brachte aber auch viele dazu, sich selber auf den Weg der "Nachfolge Christi" zu begeben. Das späte Mittelalter ist eine Zeit der Mystik, der mystischen Vereinigung mit Christus, die wunderschöne Texte hervorgebracht hat. Zu den großen deutschen Mystikern gehört der Konstanzer Heinrich Suso und der Straßburger Johannes Tauler. Es gab aber auch Sektierertum, "Schwarmgeisterei" und neue Orden und Gemeinschaften, bei denen wenig theologische Bildung zu finden war und die am Rande der Kirche operierten und auch mit zweigeschlechtlichen Gemeinschaften experimentierten. Umberto Eco hat diese Entwicklung als Hintergrund für seinen spätmittelalterlichen Roman "Der Name der Rose" genommen.

Wenn Dominikaner wie Franziskaner die Nachfolge Christi als Armut und Besitzlosigkeit lebten und lehrten, dann hatte das verschiedene Auswirkungen. Zum einen war es nicht im Sinn der weltlichen und auch der geistlichen Obrigkeiten, dass alle Welt diesen Weg ging, denn sie brauchten Einnahmen und Steuern für ihr Leben und die Erhaltung ihrer Macht. Ein Predigermönch, der eine halbe Stadt zum Aufgeben und Davonlaufen motivieren konnte, war eine ernste Gefahr. Wenn die Prediger gegen das Besitzdenken wetterten und den Besitz als Gefahr für das Seelenheil darstellten, dann war den Zuhörern aber auch klar, dass damit ihre weltliche und auch geistliche Obrigkeit gemeint war, der Landesherr, der Pfarrer, der Bischof. Sogar der Papst geriet zunehmend in eine schiefe Stellung. Denn er war der Oberherr dieser Orden, er war aber gleichzeitig das Haupt einer reichen und politisch mächtigen Kirche, die mit den Päpsten des dreizehnten Jahrhunderts, Bonifatius VIII. und jetzt Johannes XXII. den Anspruch auf die oberste Macht in der Welt erhob, konkret auf das Reichsvikariat und die Entscheidung in der rein weltlichen Frage des deutschen Thronstreits. Da die Macht vor allem auch auf Geld beruht, nutzte Johannes XXII. alle Mittel, um zu mehr Geld zu kommen. Insbesondere versuchte er, die Besetzung kirchlicher Stellen so weit wie möglich an die Kurie zu bringen und durch Verkauf an den Meistbietenden seine Einnahmen zu steigern. Pfarrstellen waren auch Pfründen, weil sie mit jährlichen Einnahmen verbunden waren, aber wer sie wollte, musste vorher dafür zahlen. Reiche Geistliche leisteten sich mehrere Pfarrstellen, die sie natürlich gar nicht selber versehen konnten.

Der Konflikt zwischen einer Nachfolge Christi in Armut und Besitzlosigkeit und einer reichen und mächtigen Papstkirche trat in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts immer deutlicher ins Bewusstsein. Konnte diese Kirche, die am Ansteigen der Steuern und Abgaben ihren erheblichen Anteil hatte, überhaupt noch christlich sein? Verkörperte der Papst mit seine Kardinälen und seiner Amtskirche nicht geradezu den Antichrist? 1323 erklärte der Papst die Meinung, Christus und seine Jünger hätten kein gemeinsames Eigentum besessen, für ketzerisch. 1328 überreichte der Theologe und Jurist Marsilius von Padua Ludwig dem Bayern seine Streitschrift "Defensor Pacis", in der eine Rolle des Papstes in weltlichen Angelegenheiten strikt verneint wurde. Im selben Jahr floh der von Johannes XXII. abgesetzte franziskanische Ordensgeneral Michael von Cesena aus der päpstlichen Haft an den Hof des deutschen Königs nach München. Leider hatte Ludwig nicht die Größe und Stärke, diese politische Chance zu nutzen und die antipäpstlichen Kräfte zu bündeln. Er

vertändelte sich nach seiner "papstlosen" Kaiserkrönung und verkroch sich bald wieder in München.

Das Interdikt, der politische Kampf zwischen Kaiser und Papst, und die Nachfolge Christi in Armut wühlten natürlich auch die Menschen in Südwestdeutschland auf, die glaubten, in einer Zeit zu leben, die von Gott wegen ihrer Gottlosigkeit besonders gestraft wurde. Das wurde durch die Große Pest noch bestätigt und verstärkt. Der "Schwarze Tod" breitete sich seit 1347 über Europa aus und entvölkerte ganze Landstriche. Schätzungsweise fiel ihm ein Drittel der Bevölkerung zum Opfer. Über die Ansteckungsmöglichkeiten wusste man noch nichts, die hygienischen Bedingungen waren schlecht und Hilfe gab es keine. Die Erkrankten starben am dritten Tag nach dem Auftreten der ersten Symptome, spätestens aber nach einer Woche. Der Pest verdanken wir unter anderem Boccaccios Decameron, denn der Rahmen für diese Erzählungen ist eine vornehme Gesellschaft aus Florenz, die vor der Krankheit aufs Land geflohen ist und sich durch das Erzählen von Geschichten Unterhaltung verschafft. Die Pest führte aber auch zu Judenverfolgungen und Pogromen, weil die Juden als Brunnenvergifter an dem ganzen Unglück die Schuld tragen sollten.

Die Pest verschärfte das politisch-religiöse Ungleichgewicht. In den Geißlerzügen tanzten und verausgabten sich Menschen, die das "normale" Leben verlassen hatten und inbrünstig und selbstzerstörerisch einem göttlichen Auftrag folgten und den noch "Normalen" ihr eigenes und das Ende der Welt voraussagten und sie zur Nachahmung aufforderten. Neben diesen extremen Formen exstatischer Frömmigkeit wurden in den Städten Häuser für Beginen gegründet, die in selbstverantworteten Glaubensgemeinschaften fast außerhalb der Kirche einen oft mystischen Weg zu Gott suchten, aber auch im Bereich der Krankenpflege und der Haushaltshilfe für geringen Lohn viel Gutes taten. So war die Zeit vor 1400 geprägt durch vielfältige religiöse Entwicklungen, oft in einer sehr direkten persönlich-mystischen Verbindung zu Christus und den Heiligen, und die in Machtspiele und Äußerlichkeiten verstrickte Amtskirche mit dem Papst an der Spitze war dabei unnütz, hinderlich und antichristlich. In einer Zeit großer Angst und starker religiöser Erwartungen hatte die Kirche viel von ihrem universalen Anspruch auf Vermittlung zwischen Gott und den Menschen verloren. Auch das zeigt sich deutlich im Decameron: Die Priester, Mönche und Nonnen, die dort auftreten, denken nur an ihr Wohlergehen und an die Erfüllung ihrer sexuellen Wünsche und Bedürfnisse. Wenn sie im Ruf der Heiligkeit stehen, dann deshalb, weil es ihnen gelingt, ihr anderes Leben geheim zu halten. Dieser schlechte Ruf wirkte sich auch bei den kirchlichen Einrichtungen aus. Während die Bettelorden und Beginenhäuser am Rande der Kirchengemeinschaft großen Zulauf hatten, kämpften die "alten" Klöster im fünfzehnten Jahrhundert ums Überleben.

Kapitel 4: Stadt und Land - Die neue politische Ordnung in Schwaben

Die traditionelle mittelalterliche Lebensform war das Land mit seinen Bauern, Dörfern, Siedlungen und Verkehrswegen, und die adlige Burg, von der aus das Land kontrolliert wurde. So hatten die Staufer ihren Besitz vor allem im Elsass ausgebaut, und Herzog Friedrich der Einäugige "schleppte am Schwanz seines Pferdes stets eine Burg hinter sich her". Die adligen Herren versuchten, das von ihnen abhängige Land zu vergrößern und ihren Zugriff zu intensivieren. Unter dem starken Druck und weil es bequemer war, unterstellten sich die Bauern den Herren und verloren so ihre Freiheit. Ihre Abhängigkeit war dabei sehr unterschiedlich, und das 'ius primae noctis', das Recht des Grundherrn auf die erste Nacht bei einer neu vermählten Leibeigenen ist auf jeden Fall eine Erfindung von Juristen des neunzehnten Jahrhunderts. Die Bauern mussten einen Teil ihrer Ernte abliefern, und auf der Ertragsfähigkeit und der guten Verwaltung des Besitzes beruhte das Einkommen und der politische Spielraum der Herren. Besitz wurde vererbt und ererbt, erheiratet, mit Gewalt genommen, vertauscht, verliehen, beliehen, verpfändet und vor allem an Kirchen und Klöster sogar verschenkt. Die mittelalterliche Besitzbildung ist deshalb in hohem Maß auch Familiengeschichte des Hochadels.

Neben der Landwirtschaft spielten Handel und Gewerbe immer eine wichtige Rolle. Günstige Flussübergänge an wichtigen Straßen boten Gelegenheit, einen Zoll auf Transportgüter zu erheben. Mühlen durften nur mit Genehmigung der Herren und gegen entsprechende Abgaben betrieben werden. Märkte zu bestimmten Terminen oder auch regelmäßig brachten eine prozentuale Beteiligung für den Veranstalter. 999 erhielt in einer der bekannten landesgeschichtlichen Urkunden der Breisgaugraf Birchtilo in Rom von Kaiser Otto III. das Markt-, Münz und Zollrecht für sein Gut in Villingen. Städte waren ein römisches Erbe und bestanden linksrheinisch weiter, bei uns vor allem Basel, Straßburg, Speyer und Worms, dazu Konstanz am Bodensee. Sie waren auch Bischofssitze, und sie waren Zentren der wirtschaftlichen Aktivität. Deshalb wollten die Herren in ihrem rechtsrheinischen Besitz auch solche Zentren haben, und sie erhoben ihre Marktflecken und die Siedlungen rund um ihre Burgen zu Städten, oder sie gründeten welche neu. Die Zähringer mit Freiburg im Breisgau und im Uechtland, mit Bern und Villingen waren ausgewiesene Städtegründer, aber auch die Staufer unter Barbarossa, Heinrich VI. und Friedrich II. durchsetzten ihren Machtbereich mit Städten, von Haguenau im Elsass über Ettlingen, Durlach und Sinsheim bis Schwäbisch Gmünd und Waiblingen.

Eine Stadt war ummauert und hatte Tore. Das war nicht nur eine militärische Sicherung, sondern eine politisch-rechtliche Abgrenzung. Eine Stadt war in vielen Dingen autonom, ihre Bürger waren frei, es gab eine Selbstregierung, und der Herr verzichtete in seinem Gründungsbrief oder in der Urkunde zur Stadterhebung auf Eingriffsmöglichkeiten, die er dem Land gegenüber beanspruchte: die niedere und zum Teil auch die hohe Gerichtsbarkeit, das Münzrecht, die direkte wirtschaftliche Kontrolle. Die Städte dankten ihm die größere Freiheit durch verstärkte wirtschaftliche Aktivitäten und durch hohe Einnahmen. Aber schon im dreizehnten Jahrhundert kam es zu Konflikten zwischen den Stadtherren und den Städten, die ökonomisch immer wichtiger wurden und sich politisch entsprechend emanzipierten. Ein bei den Herren besonders verhasstes Recht war die Bürgerfreiheit, die zum Beispiel ein geflüchteter Bauer erwarb, wenn er ein Jahr in der Stadt lebte. Beansprucht wurde auch das "Pfahlbürgerrecht", das einen freien Bauern zum Stadtbürger machen und damit dem Schutz der Stadt unterstellen konnte, ohne dass er Grund und Boden aufgeben musste. Die in ihrer Emanzipation von den bisherigen Stadtherren in ähnlicher Weise bedrohten Städte schlossen sich schon früh zu Schutz- und Trutzbündnissen zusammen. So ist es auffällig, dass Friedrich II. in seinem eigenen staufischen Machtbereich die Entwicklung der Städte durch Privilegien und Schutzbriefe noch förderte, in seinen großen Gesetzen über die weltlichen und die geistlichen Landesherren die Bündnisfreiheit und die rechtliche Weiterentwicklung der Stadt aber einzuschränken versuchte.

Diese Gesetzgebung hatte allerdings keine große Wirkung. Im Zusammenbruch der Staufermacht spielten die Städte eine wichtige Rolle, weil sie gegen die Zollwillkür und das Landesrecht der Herren den Reichslandfrieden und die Zollfreiheit verteidigten und dazu Städtebünde gründeten, so den Rheinischen Städtebund mit zeitweilig über siebzig Mitgliedern. Die großen Städte erklärten sich gegen ihre Stadtherren. Deshalb residierten später die Bischöfe der rheinischen Städte außerhalb, wie der Erzbischof von Köln in Bonn oder der Bischof von Speyer in Bruchsal. Diese Städte verstanden sich jetzt als Reichsstädte, sie anerkannten nur noch den König und das Reich als übergeordnete Autorität. Damit standen sie über den anderen Städten, die zwar auch Schutzbriefe und Privilegien hatten, doch "nur" von ihrem Landesherren, unter dessen Kontrolle sie standen. Reichsstadt war aber keine gesicherte Existenz, denn der frühere Stadtherr oder ein Territorialherr konnte immer wieder versuchen, die Stadt in seine Gewalt zu bekommen. Der König gab ihnen Freibriefe, aber wenn er stark war, versuchte er sie in sein Machtgeflecht einzubeziehen, so wie die Habsburger die Schweizer Urkantone. Gegen diese Begehrlichkeiten halfen nur die Städtebünde.

In Schwaben war die Lage besonders schwierig. Es gab viele von den Stauern gegründete und mit Freibriefen versehene Städte, die sich nach dem Ende der Stauer und des

Herzogtums Schwaben als Reichsstädte verstanden, die aber klein waren und kaum die Machtmittel hatten, sich unabhängig zu halten. Gleichzeitig gab es die Landesherren, vor allem die Württemberger und die Habsburger, die mit allen Mitteln versuchten, möglichst viel staufisches Gut, auch staufische Städte, in ihren Besitz zu bekommen. Wenn die Könige keine Habsburger waren, bestätigten sie solchen Städten und auch kleineren Territorien gerne die Reichsfreiheit, um so den neuen Territorialherren Steine in den Weg zu legen. So schlossen 1331 in Ulm die meisten Reichsstädte des alten Herzogtums Schwaben einen Bund mit Ludwig dem Bayern, der ihre Rechte zu wahren versprach. Württemberg versuchte im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert immer wieder vergeblich, die Reichsstädte Esslingen und Reutlingen in seinen Machtbereich zu zwingen.

Damit war um 1350 eine politische Landschaft entstanden, die geprägt war von der Pattsituation zwischen den gut organisierten und sich gegenseitig stützenden Reichsstädten und dem Bemühen der Häuser Habsburg und Württemberg um Besitznahme und Arrondierung. Im Schutz dieser Konstellation konnten sich auch viele kleine Territorien reichsfrei halten, bis hin zum kuriosen "freien Reichstal Harmersbach". In den hundert Jahren seit dem Ende der Stauer hatte sich so die typische zufällige und kleinteilige politische Struktur des deutschen Südwestens ausgebildet, die unter dem Schutz des Reiches im Grundsatz bis zur Säkularisation und Mediatisierung von 1803 erhalten bleiben sollte.

Kapitel 5: Von Ludwig dem Bayern zu Karl IV.

Ludwig kehrte 1331 mit einem fragwürdigen Kaisertitel aus Italien zurück. Von da an residierte er in München und war politisch wenig aktiv. Alle Versuche, sich mit den Päpsten in Avignon zu arrangieren, scheiterten an der gegenseitigen Starrsinnigkeit und Hartnäckigkeit. Die Päpste versuchten immer wieder, die Kurfürsten zu einer Neuwahl zu bewegen, aber sie scheiterten damit vor allem an Balduin von Trier, der stärksten politischen Kraft dieser Zeit. Balduin wollte keinen Habsburger und nicht den französischen König. Sein Neffe, König Johann von Böhmen, eine schillernde Persönlichkeit, der in ganz Europa kämpfte, verhandelte, vermittelte, Schulden machte und Ehebündnisse stiftete, war in Böhmen selbst nicht gern gesehen. Die solide böhmische Verwaltung führte zuerst seine Ehefrau Elisabeth und dann sein 1316 geborener Sohn. Der hieß ursprünglich Wenzel und war als Kind zur Ausbildung an den französischen Hof gebracht worden. Dort bekam er den Valois-Namen Karl. Balduin hielt Johann von Böhmen für ungeeignet und ließ deshalb Ludwig den Bayern auf dem Thron, bis sein Großneffe Karl, dessen sorgfältige Ausbildung er überwachte, so weit war.

Als Kurfürst fand Balduin von Trier, zeitweilig auch für Mainz, Speyer und Worms zuständig, weil eine korrekte Wahl nicht mehr möglich war, eine klare Antwort auf die päpstlichen Ansprüche. Der Kurfürstentag von Rhense legte unter seiner Führung 1338 fest, dass der von den Kurfürsten Gewählte, auch bei zwiespältiger Wahl, keiner päpstlichen Approbation bedarf. Damit war festgelegt, dass die Lösung allein bei den Kurfürsten lag und ein Anspruch des Papsttums auf Vikariat und Oberaufsicht nicht bestand. Das bedeutete aber natürlich indirekt und auf die Dauer auch eine Einschränkung des deutschen Königtums auf das "Heilige Römische Reich deutscher Nation". Der mit dem Kaisertum verbundene italienische und universale Aspekt, der das große Interesse des Papstes an der deutschen Königswahl rechtfertigte und die fundamentalen Auseinandersetzungen des Mittelalters mit sich gebracht hatte, wurde nachrangig.

1346 wählten die Kurfürsten ohne die wittelsbachischen Stimmen Pfalz und Brandenburg Karl von Luxemburg zum neuen König. Der Tod Ludwigs des Bayern Ende 1347 verhinderte einen weiteren Thronkrieg, und den wittelsbachischen Anhang manövrierte Karl geschickt aus. Mit seiner Krönung in Aachen endete 1349 die lange Zeit des ungesicherten Königtums. Karl IV. sah es als seine Aufgabe an, die Grundlagen der Königswahl klarer zu regeln. Dem diente eines der wichtigsten Reichsgesetze, die 1356 in Nürnberg verkündete "Goldene

Bulle", weil die Exemplare der sieben Kurfürsten mit einem goldenen Siegel versehen waren. Die genauen Regelungen schlossen die Erbteilung der Kurfürstentümer aus und sollten damit strittige Kurstimmen unmöglich machen. Für die Königswahl wurde das Mehrheitsprinzip festgelegt.

Karl IV., seit 1340 Regent und seit 1346 König von Böhmen, sah den Schwerpunkt seiner Hausmachtspolitik im Reichsgebiet westlich davon in der Oberpfalz. Nürnberg wurde einer seiner Hauptorte. Dazu erwarb er Schlesien, und es gelang ihm, 1373 auch die Mark Brandenburg und damit eine zweite Kurstimme dazuzugewinnen. In Böhmen schuf Karl eine einheitliche und moderne Verwaltung und ein eigenes böhmisches Landrecht, die "Majestas Carolina", und auch für die im Westen angrenzenden und neuen Gebiete waren ihm ein geschriebenes Landrecht, eine klare Verwaltung und Landbücher als Verzeichnis aller Besitzungen und Einkünfte wichtig. Zur besseren Durchdringung nutzte er natürlich auch die ihm als König zustehenden Reichsrechte. Die gute Verwaltung Karls IV. führte in seinem Machtbereich zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Blüte. In Prag wurde 1348 die erste deutsche Universität gegründet.

Karl war in erster Linie ein luxemburgischer Hausmachtspolitiker, und es wurde ihm schon damals vorgeworfen, er baue das Reich so um, dass nur noch der König von Böhmen deutscher König sein könne, weil allen anderen die Machtmittel fehlten. Dabei richtete sich sein Blick noch weiter nach Osten. Seinen jüngeren Sohn Sigismund verheiratete er mit der Tochter König Ludwigs von Ungarn und Polen und erwarb damit einen Erbanspruch auf diese beiden Königreiche. In den Wittelsbachern und den Habsburgern sah er Konkurrenten, aber während er die bayrischen Erwerbungen mit allen Tricks rückgängig machte, arrangierte er sich mit den Habsburgern. Er belehnte Rudolf von Habsburg 1363 mit Tirol, obwohl die Erbtochter Margarete Maultasch zuerst mit einem seiner Brüder und nachher mit einem Wittelsbacher verheiratet gewesen war. Gleichzeitig schlossen die beiden Familien einen Erbvertrag für den Fall des Aussterbens einer Familie.

Südwestdeutschland lag nicht im Zentrum der luxemburgischen Hausmachtspolitik. Trotzdem war es für Karl IV. wichtig. Das lag vor allem an der hohen Dichte von Reichsstädten und reichsunmittelbaren Gebieten, die zu Reichssteuern herangezogen werden konnten. Hier war die Anhängerschaft Ludwigs des Bayern groß gewesen und der wittelsbachische Einfluss musste zurückgedrängt werden. Und für die Habsburger war es ein Kernland. Auch wenn Karl IV. sich mit ihnen arrangiert hatte, gab es keinen Grund, ihnen das Leben und das Regieren zu leicht zu machen. Dabei war Karls Politik aber nicht eindeutig und oft von kurzschrittigen finanziellen Erwägungen bestimmt. So ging er mehr und mehr dazu über, zum Beispiel die Vogteirechte nicht mehr zu verleihen, sondern zu verpfänden. Damit erhielt er mehr Geld, verlor aber gleichzeitig die Verfügungsgewalt, denn er hätte das Pfand ja erst auslösen müssen. So gingen in der Regierungszeit Karls IV. in Südwestdeutschland wesentliche reichsrechtliche Positionen verloren.

Die Aufgaben des Reiches, vor allem die Sicherung des Landfriedens, übernahmen vielfach die Städtebünde und Einungen. Schon im Dezember 1347 verhandelte Karl in Ulm mit 23 Reichsstädten unter Führung von Ulm, Augsburg und Heilbronn. Er musste ihnen alle ihre bisherigen Rechte bestätigen und ihnen versprechen, dass er ihre Einnahmen nicht verpfänden würde. Sie durften sich weiterhin zu Städtebünden zusammenschließen, und der Landfrieden, den sie mit Ludwig dem Bayern abgeschlossen hatten, wurde verlängert. Dafür wollten sie ihm huldigen. Die Entgegennahme der Huldigung übertrug Karl allerdings den Landvögten, für den nördlichen Bereich also dem Grafen von Württemberg. Nach 1348 kümmerte sich der König (seit seiner Krönung in Rom 1355 Kaiser) wenig um Schwaben, und seine Haltung zwischen den Anliegen der Reichsstädte und den Territorialherren blieb schwankend.

Kapitel 6: Die territoriale Entwicklung bis nach 1400

Die Habsburger hatten den südlichen Teil Schwabens und das Elsass fest im Griff, und die Erneuerung des staufischen Herzogtums blieb eines ihrer Ziele. Von den Albrechtssöhnen war nach dem Tod Leopolds 1326 und Friedrichs des Schönen 1330 nur Albrecht der Lahme oder der Weise übrig geblieben, der die Politik des Hauses Habsburg bis 1358 lenkte. Er war mit Johanna von Pfirt verheiratet, die ihm die Grafschaft Pfirt, den Sundgau im südlichen Elsass, einbrachte. Ludwig der Bayer übertrug ihm aus Dankbarkeit Kärnten, weil er beim Papst die Anerkennung der zweiten wittelsbachischen Ehe der Tiroler Erbin Margarete Maultasch erreichte. Mit ihr regelte Albrecht dann später, dass beim Tod ihres wittelsbachischen Sohnes die Grafschaft an Habsburg fallen sollte, und als der Erbfall 1363 eintrat, belehnte Karl IV. tatsächlich Albrechts Sohn Rudolf, seinen Schwiegersohn, mit Tirol.

Albrecht war vielleicht auch wegen seiner Behinderung eine gewisse Ausnahmeerscheinung in dieser Zeit, ein ruhiger, loyaler, auf Ausgleich bedachter und vor kriegerischen Auseinandersetzungen zurückschreckender Politiker. Trotz seiner großen Erfolge gelang es ihm an einer für Habsburg zentralen Stelle nicht, sich endgültig durchzusetzen. Die Waldstätten, von Heinrich VII. und Ludwig dem Bayern in ihrer Reichsfreiheit gestärkt, verbanden sich mit den Reichsstädten Zug, Zürich, Luzern und Bern, die sich in ihrer Unabhängigkeit von Habsburg bedroht fühlten. Der Bundesschluss von 1353 war noch keineswegs die Gründung der Schweiz, aber doch die Verfestigung eines Bündnisses von Tälern und Städten, die sich auf die Reichsfreiheit beriefen und gegen die Vereinnahmung durch Habsburg wehrten. Karl IV., der eine solche Entwicklung in seinem Machtbereich unterdrückt hätte, erkannte 1355 diesen für Habsburg lästigen Bundesschluss an.

Albrechts Sohn Rudolf, der Schwiegersohn Karls IV., residierte vor dem Tod seines Vaters in Rheinfelden. Er sollte damit die habsburgischen Ansprüche in Schwaben repräsentieren. Rudolf war ein eitler, von sich eingenommener, charmanter und phantasiereicher junger Mann. 1360 präsentierte er seinem Schwiegervater eine Reihe von Dokumenten, die er in Wien hatte fälschen lassen und die den besonderen Rang Habsburgs und die weitgehende Unabhängigkeit Österreichs beweisen sollten. Das Kernstück war die Fälschung des "Privilegium minus", das Barbarossa 1156 für den Babenberger Heinrich Jasomirgott ausgestellt hatte, zu einem "Privilegium maius", der weitgehenden Gleichstellung Österreichs mit den Kurfürstentümern. In einem anderen Dokument wurde den Habsburgern der Phantasietitel "Pfalzerzherzog" zugebilligt, aus dem sich hundert Jahre später der Erzherzog für alle Angehörigen des späteren Erzhauses entwickelte. Karl IV. nahm diese Fälschungen nicht ernst, und im Sommer 1360 führte er sogar einen Feldzug in Schwaben, um Rudolf in seine Schranken zu weisen. Rudolf unterwarf sich und verzichtete auf alte habsburgische Ansprüche in Böhmen und auf die Titel Pfalzerzherzog und Herzog in Schwaben und Elsass, mit denen er sogar gesiegelt hatte.

Rudolf mit dem Beinamen "der Stifter", auch der Gründer der Wiener Universität, starb 1365 mit 26 Jahren in Mailand bei der Vorbereitung eines Feldzugs zur Sicherung von Tirol und Kärnten. Seine jüngeren Brüder Albrecht und Leopold folgten ihm nach, Albrecht als Chef des Hauses in Österreich, Leopold in Tirol und Schwaben. Seine wichtigste Erwerbung waren der Breisgau und Freiburg. Die Stadt Freiburg hatte ihren Stadtherrn Eginow vertrieben und war 1367 in einer blutigen Schlacht bei Breisach geschlagen worden, hatte sich aber nicht ergeben. Durch geschickte Verhandlungen und militärischen Druck erreichte Leopold 1368 die Übergabe der Stadt und die Herrschaft im Breisgau. 1375 kam die Grafschaft Feldkirch in Vorarlberg als wichtige Landbrücke zwischen Schwaben und Tirol dazu. 1381 verkaufte Rudolf von Hohenberg seinen Besitz an die Habsburger, vor allem die Städte Schömburg, Oberndorf, Horb und Rottenburg und Burgen und Dörfer am Neckar und im Vorland der Alb.

Natürlich musste der so erfolgreiche Leopold seinen Herrschaftsanspruch auch im Süden seines Machtbereichs intensivieren. Die Bundesglieder von 1353 versuchten ihm gegenüber

ihren Spielraum zu vergrößern. Insbesondere Luzern forderte den Habsburger mit einer extensiven Pfahlbürgerpolitik heraus. Bauern auf dem Land wurden zu Bürgern der Stadt erklärt und in ihren Schutz aufgenommen. Habsburgische Verwaltungseinrichtungen wurden zerstört. Leopold wollte gewaltsam Ordnung schaffen und rückte 1386 mit einem Heer von Gepanzerten, nicht nur Rittern, gegen den Bund vor. Bei Sempach soll der legendäre Arnold Winkelried die Lanzen auf sich gezogen und so "der Freiheit eine Gasse" geschaffen haben. Das Heer der Gepanzerten unterlag den Bauern, und Leopold fand im Kampf den Tod. Die Schlacht von Sempach bedeutet militärisch das Signal zum Ende der mittelalterlichen Kriegsführung. Politisch war sie die schwere Niederlage eines Territorialherren gegen einen Bund und bedeutete den endgültigen Verlust ehemaligen habsburgischen Kerngebietes.

Da Leopold eine Reihe von Kindern hatte, blieb die Spaltung in eine albertinisch-österreichische und eine leopoldinische Linie erhalten, die in Innsbruck residierte, und das führte zu einer weiteren Schwächung der habsburgischen Stellung. Im Wettlauf der großen Dynastien waren die Habsburger also um 1400 deutlich zurückgefallen.

Württemberg war von 1325 bis 1344 von Graf Ulrich regiert worden, der zuerst auf der Seite Friedrichs des Schönen gestanden hatte und dann zu Ludwig übergegangen war, was ihm jedes Mal politisch zum Wohl ausfiel. Er konnte gegen den Widerstand der Reichsstädte die Landvogtei in Niederschwaben halten, die Schirmherrschaft über die Klöster Bebenhausen, Denkendorf und Hirsau übernehmen und seinen Besitz durch Zukäufe wie Vaihingen und vor allem Burg und Stadt Tübingen abrunden. Durch seine Heirat mit einer Tochter des Grafen von Pfirt erwarb er im Elsass Horburg und Reichenweier. Ihm folgten seine beiden Söhne Eberhard der Greiner (1344 bis 1392) und Ulrich IV. (1344 bis 1366). Der jüngere Ulrich litt unter der Tatkraft und Herrschsucht seines älteren Bruders und versuchte zeitweilig, durch eine Erbteilung seine Selbständigkeit zu erreichen. Das verhinderte Eberhard. Er setzte 1361 in einem von Karl IV. vermittelten "Nürnberger Vergleich" die Unteilbarkeit der Grafschaft durch, und Ulrich verzichtete 1363 auf die Mitregierung.

Eberhard der Greiner regierte Württemberg fast fünfzig entscheidende Jahre. Er stand seit dem Tod Ludwigs des Bayern auf der Seite Karls IV. von Luxemburg. Mit seinen Truppen trug er 1349 bei Eltville am Rhein entscheidend zur Niederlage des Gegenkönigs Günther von Schwarzburg bei. Das verschaffte ihm wohl gewisse Freiheiten. Diese und die folgenden Jahre waren auch durch das Auftreten der Pest und die damit motivierte Verfolgung der Juden gekennzeichnet. 1349 verbanden sich verschiedene Herren, unter ihnen die beiden württembergischen Grafen, die Markgrafen von Baden, die Herren von Fürstenberg und der Bischof von Straßburg, um sicherzustellen, dass Pfandbriefe dieser Herren, die aus dem Besitz getöteter Juden an die Stadt Straßburg gekommen waren, den Schuldner zurückgegeben wurden. Dafür wurde der Stadt Straßburg Hilfe zugesagt, falls es wegen der Judenverfolgungen zu Strafmaßnahmen kommen sollte.

1351 beteiligte sich Eberhard an einem erfolglosen Feldzug Albrechts des Lahmen gegen Zürich, und 1359 verband er sich mit dessen Sohn Rudolf als "gegenseitige Hilfe zum Schutz ihrer Länder, Leute und Güter". Dieses keineswegs nur defensiv gedachte Bündnis alarmierte die davon bedrohten Reichsstädte und Territorien, und so musste der Kaiser eingreifen. Eberhard wurde vor einen Reichstag nach Nürnberg geladen und wegen Bruchs des Landfriedens und Nichterscheinens angeklagt. Die Reichsstädte wurden zu einem Reichskrieg aufgeboten, und am 28. August 1360 begann ein aus Böhmen und Reichsstädtern gemischtes Heer mit der Belagerung von Schorndorf, das Eberhard selber verteidigte. Aber Karl IV. wollte nicht wirklich kämpfen, sondern Württemberg und Habsburg nur einen Dämpfer aufsetzen. Es kam sofort zu Verhandlungen und schon nach drei Tagen zu einem Vertrag, in dem Eberhard auf die Reichspfandschaft an der Vogtei und an bestimmten Rechten in den Reichsstädten verzichten musste, also dem Kaiser einen Teil seiner Schulden erließ und ihn so indirekt an der Entschuldung durch die Judenverfolgungen

beteiligte. Rudolf von Habsburg schloss sich dem Vertrag unter ähnlich günstigen Bedingungen an.

Im September vermittelte der Kaiser einen Frieden zwischen dem Grafen von Württemberg und den dazwischen liegenden Reichsstädten, in dem Graf Eberhard auf eigenmächtig erhobene Zölle und auf Eingriffe in den Städten verzichtete. Im November versicherte Karl IV. diesen Städten, dass er die Reichsvogtei und die Rechte des Reichs in den Städten nicht mehr verpfänden würde. Trotzdem wurde immer deutlicher, dass in der schärfer werdenden Auseinandersetzung zwischen den Städten und Württemberg als werdendem Territorialstaat der Kaiser eine ambivalente Haltung einnahm und als Verbündeter für die Städte unzuverlässig war. Denn er brauchte Geld, er wollte die Territorialherren als Bundesgenossen und er war selber Territorialherr. So legte er 1373 neue Reichssteuern fest und beauftragte den Grafen Eberhard damit, sie bei den Reichsstädten in seinem Machtbereich einzutreiben. Die Städte Nördlingen, Donauwörth, Dinkelsbühl und Bopfingen übertrug er gegen eine beachtliche Summe auf den Herzog von Bayern.

Aber nicht nur die Städte fühlten sich bedroht, sondern auch die kleineren Herrschaften, die "Reichsritter". Diese Familien hatten den Staufern und ihren Nachfolgern gedient und sich so ihre Unabhängigkeit erhalten können. Auch sie sicherten sich jetzt durch Bündnisse und Einungen. Der Überfall im Wildbad, von Ludwig Uhland in einer Ballade besungen, löste 1367 einen längeren Krieg aus. Die "Martinsvögel" unter der Führung des Grafen von Eberstein und des Wolf von Wunnenstein versuchten Graf Eberhard in Wildbad gefangen zu nehmen. Er konnte fliehen, doch die daraus entstandene Fehde wurde erst 1385 endgültig beigelegt. Die Rittergesellschaften waren eine dritte Kraft, die in den Auseinandersetzungen der folgenden Jahre ihre eigenen Interessen verfolgte und dabei mit den Städten wie mit den Territorialherren zusammen arbeitete.

Der offiziell geltende und immer wieder erneuerte Landfrieden wurde dadurch unsicherer und brüchiger. Eberhard besiegte 1372 bei Altheim auf der Alb, nördlich von Ulm ein städtisches Heer. 1376 wurde unter Ulmer Führung ein neuer Städtebund für Ober- und Niederschwaben geschlossen. Der "schwäbische Bund der Städte" war notwendig, weil Eberhard für seine Zustimmung zur Wahl König Wenzels vom Kaiser Weil der Stadt und das Schultheissenamt in Esslingen übertragen bekam und das Recht erhielt, alle Reichspfandschaften auszulösen. Da die Städte unter diesen Bedingungen die Huldigung für den jungen König verweigerten, zog der Kaiser vor Ulm, scheiterte aber mit der Belagerung. Er lud alle Beteiligten zu Verhandlungen nach Nürnberg. Während Eberhard der Einladung Folge leistete, überfielen die Städter württembergisches Gebiet. In der schwersten Schlacht des folgenden Städtekrieges schlugen die Reutlinger 1377 die Württemberger, und Graf Eberhard zerschnitt zwischen sich und seinem erfolglosen Sohn Ulrich das Tafeltuch, wie es Uhland in einer anderen Ballade besingt. Nach dieser Niederlage verbündete sich König Wenzel mit den Städten und entzog Eberhard die Landvogtei. Der Städtebund wuchs auf 32 Mitglieder an. Der Krieg brachte viel Zerstörung. So brannten die Städter die Stuttgarter Weinberge nieder, und Graf Ulrich zerstörte Wimpfen. Der Krieg endete 1378 mit einem von Kaiser Karl vermittelten und für Württemberg eher ungünstigen Frieden.

1382 kam es zu einer allgemeinen Einigung des Herzogs Leopold von Österreich, der verschiedenen Rittergesellschaften und des Grafen von Württemberg mit dem Städtebund für einen Landfrieden in Schwaben. König Wenzel versuchte, sich an diese Einigung anzuhängen. Die Städte misstrauten dem Frieden und bauten ihren Bund aus. Die Spannung entlud sich in einem neuen Krieg 1387 mit undurchsichtigen Fronten. 1388 schlug Eberhard in der Schlacht von Döffingen auf württembergischen Boden die Städter. Mit dieser Schlacht, in der sein Sohn Ulrich zu den Gefallenen gehörte, gewannen die Territorialherren wieder die Oberhand. Der Bischof von Würzburg schlug die fränkischen Städte und der Pfalzgraf bei Rhein die rheinischen. König Wenzel stellte den Landfrieden von 1383 wieder her. Als Eberhard der Greiner 1392 starb, hatte er seine Grafschaft nicht nur sicher durch eine sehr schwere Zeit geführt, sondern auch erheblich erweitert und abgerundet. Zu seinen

Erwerbungen gehören die Grafschaft und die Stadt Calw, Burg und Herrschaft Teck, Burg und Stadt Böblingen, Ebingen, Herrenberg und Tuttlingen.

Für seinen Enkel Eberhard III., den Mildern, der bis 1417 regierte, waren die Zeiten etwas einfacher. Er zerstörte 1395 im Bund mit den Städten den Schleglerbund von Reichsrittern, die sich gegen die Ausdehnung der fürstlichen Territorialherrschaft zusammengetan und die Stadt Heimsheim erobert hatten. Auch sonst versuchte er durch Annäherung an die Städte das Land vor den Folgen der politischen Bewegung zu bewahren. So sprach er sich mit dem Städtebund ab, dass sie nur gemeinsam einen neuen König anerkennen wollten, falls Wenzel abgesetzt werden sollte. Als 1400 Ruprecht von der Pfalz zum neuen König gewählt wurde, fand er 1401 in Schwaben erst allgemeine Anerkennung, nachdem er sich mit den Städten, dem Habsburger Leopold und Graf Eberhard geeinigt hatte.

Auch die badische Markgrafschaft konnte durch gegenseitige Heiraten und Erbverträge die Teilung allmählich überwinden. Hermann IX. nutzte seine Stellung an der Einmündung der Murg aus, um die Rheinstraße zu kontrollieren und Zölle zu erheben. Für die linke Rheinseite kämpfte er dazu um den Besitz von Seltz. Weil Kaiser Ludwig die Vogteirechte für das Kloster Herrenalb auf Württemberg übertrug, kämpfte er 8 Jahre dagegen an, bis er 1346 bei einem Vergleich in Heidelberg verzichtete. 1349 schloss er sich dem Vertrag über die Vernichtung der jüdischen Pfandbriefe an. Wegen der rücksichtslosen und ungesetzlichen Erhebung von Zöllen geriet er in immer stärkeren Gegensatz zu den rheinischen Städten, und 1352 rückte ein städtisches Heer gegen ihn vor. Er musste eine Anklage wegen Landsfriedensbruchs akzeptieren und den Bürgern von Straßburg, Speyer, Worms und Mainz seinen Schutz zusichern, und er verlor den Rheinzoll von Seltz.

Hermanns Großneffe Rudolf VI. vereinigte 1361 wieder alle Teile der Markgrafschaft in einer Hand. Er konnte seinen Besitz und seinen Einfluss deutlich erweitern. Im Breisgau erwarb er einen Teil der Besitzungen des Grafen Egino, und für den habsburgischen Teil mit Freiburg wurde er Hauptmann und Landvogt. In der Fehde zwischen Eberhard von Württemberg und dem Grafen von Eberstein unterstützte er diesen. Durch seine Ehe mit Mechthild von Sponheim erwarb er linksrheinische Ansprüche. Seine Söhne Bernhard und Rudolf verständigten sich 1380 in Heidelberg auf einen Hausvertrag, der die grundsätzliche Unteilbarkeit der Markgrafschaft festlegte, eine Herrschaftsteilung in höchstens zwei Linien aber zuließ.

Unter Bernhard I. (1372 - 1431) machte der innere Ausbau des Territoriums zu einem modernen Verwaltungsstaat große Fortschritte. Als Vorlage diente die Verwaltung der Kurpfalz. So wurde 1404 zum ersten Mal ein Verzeichnis der landesherrlichen Einnahmen aufgestellt. Schultheißen und Amtleute waren für ihre Bezirke und für die Erhebung des Zehnten verantwortlich. Der Hofstaat und damit die Regierung wurde besser organisiert. Eine wesentliche Einnahmequelle war der Mühlburger Zoll, aber die Städte hatten bei Karl IV. 1357 die Zerstörung von Seltz und Hagenbach durchgesetzt und so den Weg auf der linken Rheinseite freigehalten. Bernhard erwarb endgültig die Grafschaft Eberstein und übernahm den Ebersteiner als Amtmann. Im Städtekrieg 1377/78 hielt er sich eher neutral und konnte sein Land vor Zerstörungen bewahren. Auch im kirchlichen Schisma legte er sich nicht fest und ließ seine erste Ehe von beiden Päpsten auflösen, behielt aber das Heiratsgut.

Wegen seines ständigen Geldbedarfs schloss Bernhard 1402 einen Vertrag mit Ludwig von Orléans, dem Bruder des französischen Königs. König Ruprecht griff ihn daraufhin an, gab sich aber schließlich mit dem Versprechen zufrieden, dass Bernhard sich nie gegen König und Reich wenden würde. 1405 war Bernhard dafür einer der Initiatoren des Marbacher Landfriedensbundes mit einer Reihe von Fürsten und 17 schwäbischen Reichsstädten, der gegen Ruprecht gerichtet war und ihm fast jede Bewegungsmöglichkeit nahm.

Kapitel 7: Die Entwicklung der Reichsstädte

Die meisten Freien Reichsstädte im Südwesten erhielten diesen Status nach dem Zusammenbruch der staufischen Herrschaft und der herzoglichen Gewalt, als Rudolf von Habsburg sie der Autorität des Reiches unterstellte, damit aber auch den von ihm ernannten Landvögten und Schultheissen. Die Reichsautorität war ein Schutz gegen erwerbsgierige Nachbarn, konnte sich aber durchaus auch gegen die Städte wenden, in der Form von Steuererhebungen, als Eingriffe des Königs oder des Landvogts und unter den Luxemburgern vor allem als Verpfändung an einen benachbarten Territorialherren. Dieser Gefahr begegneten die Städte mehr und mehr, indem sie die königlichen Rechte als Pfand erwarben und damit wirklich unabhängig wurden. So trat an die Stelle des königlichen Schultheissen als oberste Autorität der Rat und die von ihm gewählten Bürgermeister.

Im Rat saßen die großen Kaufmannsgeschlechter, einflussreiche Familien, die zum Teil aus dem staufischen Ministerialadel stammten und einen richtigen Stadtadel bildeten, das Patriziat. Von ihnen ging die große wirtschaftliche Aktivität aus, die den Städten Reichtum und Vorteile brachte. Die in allen Reichsstädten zu findenden Pflughöfe der umliegenden Klöster sind ein Beleg dafür, wie sich das Umland an diese Entwicklung ankoppelte. Im vierzehnten Jahrhundert wurde der schwäbische Raum zu einem Zentrum für Leinenstoffe und später für die Produktion von Barchent, einem Gemisch aus Leinen und Baumwolle. Ravensburg war der Hauptort der 1380 gegründeten Großen Ravensburger Handelsgesellschaft, die Niederlassungen in Brügge, Antwerpen, Genf, Genua, Mailand, Venedig, Saragossa und Wien hatte und den Vertrieb der hochwertigen Ware organisierte. Der Großhandel machte die Produktion erst gewinnbringend, und die Organisation des Handels war eine Hauptaufgabe auch bei der Zusammenarbeit der Städte, die für die Freiheit des Handels eintraten und dabei mit den Territorialherren zusammen stießen, die durch Zwischenzölle ihre Einkünfte aufbessern wollten.

Die Zusammenarbeit der Städte betraf nicht nur Politik und Wirtschaft, sondern auch die Rechtsordnung. Die war in der Stadt auf jeden Fall anders als auf dem Land, weil es keine unfreien und halbfreien Bauern gab, sondern nur freie Bürger, die in einem Gewerbe tätig waren und damit einer bestimmten Zunft angehörten. Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Handwerkerzünften und den Kaufmannsgilden mussten genau geregelt werden, und dazu diente das Stadtrecht. Die Stadtrechte gehören zwar jeweils zu einer bestimmten Stadt, aber sie wurden in Kooperation entwickelt und das Beste von einer Stadt an die nächste weitergegeben. Es gab richtige Stadtrechtsfamilien. Das Esslinger Recht, in seinen Anfängen schon 1229 belegt, wurde von Ulm und Reutlingen übernommen. Am Bodensee wurde das Züricher "Richtebuch" zur Grundlage für Schaffhausen und für das "Konstanzer Rechtsbuch", aus dem sich das Sankt Gallener Stadtrecht entwickelte.

Zu den Schwierigkeiten der Städte im ausgehenden 14. Jahrhundert trugen auch innere Auseinandersetzungen bei. Die Handwerkerzünfte gewannen innerhalb der Stadt an wirtschaftlicher Bedeutung und verlangten eine Beteiligung an der Stadtregierung. Die Handwerker vertrieben wie 1342 in Konstanz die alten Patriziergeschlechter und wählten einen neuen Bürgermeister. Die Stadtverfassung wurde geändert und die Zünfte erhielten ein größeres Mitspracherecht im Rat und bei den Wahlen. Der Ulmer "Große Schwörbrief" von 1397 ist ein herausragendes Beispiel für die neue Zunftverfassung. Die Bürgermeister stammten aber weiterhin meistens aus den Patrizierfamilien, die auch in Konstanz bald wieder zurückgekehrt waren. Der größere Einfluss der Handwerker, deren wirtschaftlicher und persönlicher Horizont stärker auf den Nahbereich ausgerichtet war, trug nicht unbedingt zur politischen Weitsicht der Städte bei.

Die Städte, die sich ja als Gegenmodell zum Land verstanden, haben erst spät und nicht sehr erfolgreich mit dem Aufbau eigener Territorien angefangen. Am weitesten ging dabei Esslingen, das im Reichskrieg gegen Graf Eberhard 1312 die württembergischen Städte Stuttgart, Leonberg, Waiblingen, Schorndorf und Backnang eroberte und dem eigenen

Territorium anschloss. Aber 1316 mussten die Städte zurückgegeben werden. Das größte Territorium hatte später die Reichsstadt Ulm, die unter anderem die Grafschaft Helfenstein und die Stadt Leipheim erwarb. Schwäbisch Hall hatte über 100 Dörfer. Aber ein abgerundetes Territorium oder gar eine Bündelung des Besitzes mehrerer Reichsstädte gab es nicht. Obwohl Esslingen wie Reutlingen unter starkem württembergischem Druck standen, konnten die beiden Städte weder zu einer engen Kooperation kommen noch ein gemeinsames Territorium aufbauen und so ihre Abwehrkraft stärken.

Das vierzehnte Jahrhundert ist die große Zeit der Städtebünde. Die Zusammenarbeit betraf nicht nur politische Ziele wie den Landfrieden und die Zollfreiheit. Die Städte übten auch Druck auf die Kurfürsten aus und sicherten sich durch Absprachen gegen die Folgen einer zwiespältigen Wahl. Zeitweilig schienen sie die stärkste politische Kraft im Reich zu sein. Aber ihre Einungen und Bündnisse waren immer auf Zeit angelegt und wurden verlängert, verändert und neu zusammengesetzt. Dazu war jede Stadt auf ihre Eigenheit und Unabhängigkeit stolz, die kleineren Städte waren für Gleichberechtigung im Bund, die größeren für ein stärkeres Gewicht ihrer Städte. Eifersucht und Eigennützigkeit verhinderten eine festere politische Struktur, und das führte zur Niederlage im Großen Städtekrieg und zum Verbot der Städtebünde im Reichslandfrieden von Eger 1389. Die einzelnen Städte behielten zwar ihre Unabhängigkeit und ihre wirtschaftliche Bedeutung, aber in der Reichspolitik hatten sie an Einfluss und Bedeutung verloren.

Kapitel 8: Von Wenzel zu Sigismund - Schisma und Spaltung

Karl IV. hatte 1376 nach langer Vorbereitung als erster Herrscher seit den Staufern die Wahl seines Sohnes zum deutschen König durchgesetzt. Um die Einmütigkeit zu erreichen, hatte er allerdings große Zugeständnisse nicht nur an die Kurfürsten gemacht. Papst Gregor XI., der 1377 von Avignon nach Rom zurückgekehrt war, hielt seine Zustimmung zu dieser Wahl allerdings aus taktischen Gründen zurück. Sie lag noch unerledigt da, als er im März 1378 unerwartet starb. Die Kardinäle, noch in Avignon ernannt und meistens Franzosen, beugten sich dem Druck der römischen Bevölkerung und wählten im April einen Italiener, den Erzbischof von Bari, der als Urban VI. zum Papst gekrönt wurde. Urban war kein Kardinal und nicht in Avignon gewesen, und er verprellte die Kardinäle, die aus Avignon gekommen waren und die Kurie repräsentierten, durch radikale Veränderungen. Die Kardinäle flohen aus Rom, erklärten die Wahl vom April für erzwungen und wählten im September in Anagni den Kardinal Robert von Genf zum Papst. Er nannte sich Clemens VII. und ging mit seinem Anhang nach Avignon zurück. Dagegen ernannte Urban an einem Tag 29 neue Kardinäle, meistens Italiener. Damit war die Kurie gespalten, und jedes Land musste für sich entscheiden, welches der richtige Papst war.

Urban VI. stimmte der Wahl Wenzels schon im Juli zu und lud ihn zum Romzug ein. Er hoffte auf die Unterstützung Karls IV. in der kommenden Auseinandersetzung. Aber Karl starb im November in Prag, und Wenzel konnte oder wollte sich nie länger aus seinem Hausmachtbereich entfernen. Im Februar 1379 verband er sich mit den vier rheinischen Kurfürsten zur Anerkennung Papst Urbans. Leopold von Österreich hielt allerdings zu Clemens und ebenso die Bistümer Straßburg und Basel. Konstanz war zeitweilig regelrecht umstritten. Erst seit dem Tod Leopolds in Sempach gehörte Deutschland unbestritten zur römischen Obedienz, während Frankreich und Spanien Avignon anerkannten. Eine Lösung der Kirchenspaltung war nicht in Sicht.

Wenzel versuchte im Reich die Ordnung durch größere Bezirke herzustellen, in denen ein Bund den Frieden garantierte. Gleichzeitig untersagte er die Städtebünde. Aber weil sich die Städte verweigerten, wurden die Bünde zu Herrenbünden, die den Städtebünden gegenübertraten, aber doch zum Beispiel in der Heidelberger Stallung von 1384 zu einer zeitweiligen Befriedung führten. Die Schlacht von Sempach 1386 schien das Fanal für die Niederlage der Territorialherren zu sein, und Wenzel näherte sich wieder den Städten an.

Aber dann setzten sich seit der Schlacht von Döffingen die Fürsten im Städtekrieg 1388 durch, und der von Wenzel verkündete Reichslandfrieden von Eger 1389 verbot alle Sonderbünde und schaffte das Pfahlbürgerrecht der Städte ab. Er stärkte die Territorialherren, trug aber vorläufig zu einer gewissen Beruhigung bei.

Ob Wenzel wirklich ein schlechter König war und ob ein anderer mehr erreicht hätte, ist schwer zu sagen. Als König hatte er Konkurrenten und Neider, die an seine Stelle treten wollten, seine Fehler und Unzulänglichkeiten öffentlich diskutierten und seit 1390 für seine Absetzung wirkten. Die Wittelsbacher waren von den Luxemburgern nach dem Tod Ludwigs des Bayern mit allen Regeln der Kunst zurückgedrängt worden und hatten Tirol und die Mark Brandenburg mit der Kurstimme verloren. Jetzt sah der Kurfürst von der Pfalz, dessen Kurfürstentum zu den am weitesten entwickelten Territorialstaaten gehörte und der 1386 in Heidelberg nach Prag und Wien die dritte deutsche Universität gegründet hatte, seine Zeit für gekommen. Der Gedanke, dass die Wähler einen Gewählten auch wieder entfernen konnten, war nicht fremd. Das Schisma war ja dadurch entstanden, dass die Papstwähler nach einem halben Jahr den von ihnen gewählten Papst für abgesetzt erklärt und einen neuen gewählt hatten.

Im August 1400 luden die vier rheinischen Kurfürsten König Wenzel vor, der natürlich nicht erschien, erklärten ihn als "unwürdigen Handhaber des Heiligen Römischen Reiches" für abgesetzt und wählten mit ihren vier Stimmen den jungen Pfalzgrafen Ruprecht zum neuen König. Aber vom luxemburgischen Block wurde er natürlich nicht anerkannt, und Wenzel blieb weiterhin König. Allerdings wurde er schon 1402 von seinem jüngeren Bruder Sigismund gefangen gesetzt und fiel für einige Zeit aus. Bei den Städten fand Ruprecht nur zögerliche Zustimmung. Der römische Papst Bonifaz, der Nachfolger Urbans, wollte sich nicht festlegen, weil er den Wechsel der Luxemburger nach Avignon fürchtete. Ruprechts Italienzug von 1401 bis 1402 wurde eine einzige Demütigung. Im Inneren zeigte der Marbacher Bund von 1405 unter Führung des Erzbischofs von Mainz, dem auch der Markgraf von Baden und der Graf von Württemberg angehörten, ihm seine engen Grenzen.

Ruprechts Königtum beschränkte sich seither auf die Pfalz, auch wenn er 1407 noch die Krönung in Aachen erreichte. Die luxemburgischen Brüder hatten sich wieder vertragen, Wenzel blieb in Böhmen und ernannte Sigismund zu seinem Reichsvikar. Er plante sogar einen Romzug und die anschließende Wahl Sigismunds zum deutschen König. Sigismund war seit 1387 als angeheirateter Schwiegersohn König von Ungarn, wenn auch mit gewissen Schwierigkeiten. Zu denen gehörte auch ein sich verstärkender Angriffsdruck des türkischen Sultans, der das byzantinische Hinterland erobert und Adrianopel zu seiner Hauptstadt gemacht hatte. Ein zur Hilfe gerufenes Kreuzzugsheer mit vor allem französischen Rittern wurde 1396 in der Schlacht von Nikopolis vernichtet. Zum Glück für Sigismund geriet der Sultan selbst durch die anrückenden Mongolen Tamerlans in eine sehr schwierige Lage und verzichtete auf neue Angriffe. Die Beruhigung an dieser Front erlaubte es Sigismund, sich seit 1402 um die Nachfolge in Böhmen und im Reich zu kümmern. Ungarn wurde damit zu einem Teil des luxemburgischen Hausmachtblocks.

Das Verhältnis der luxemburgischen Brüder war nicht unproblematisch, denn sie mochten sich wohl persönlich nicht, waren aber aufeinander angewiesen. Sigismund drängte nach, doch Wenzel regierte in Prag sehr sicher und einigermaßen erfolgreich. Er setzte allerdings andere Akzente. In der Prager Universität kehrte er 1409 das Stimmenverhältnis von Deutschen und Tschechen um. Daraufhin drohten die Deutschen mit Abzug, und Ruprecht wollte sie an seine Heidelberger Universität holen. Ein Teil der Professoren und Studenten ging dann aber nach Leipzig, wo sie eine neue Hochschule gründeten. Wenzel förderte auch den Magister Jan Hus, der auf tschechisch predigte und sich gegen die Pfründenwirtschaft in der Kirche und gegen ihre Verweltlichung wandte. Damit war er ein theologischer Gegner des Prager Erzbischofs, mit dem Wenzel sich um den Einfluss auf die böhmische Kirche stritt. Der Erzbischof versuchte deshalb zur Stärkung seiner Position, Hus überall als Ketzer zu denunzieren.

Das große Problem war und blieb aber die Kirchenspaltung, auch wenn man sich inzwischen an zwei Päpste gewöhnt hatte, die sich und ihren Anhang gegenseitig als ketzerisch und kirchenzerstörerisch angriffen und bannten. Zwar musste jeder Papst nach seiner Wahl schwören, dass er für die Einheit der Kirche auch zurücktreten würde, aber weder der in Avignon residierende Benedikt XIII. noch der römische Gregor XII. waren kompromissbereit. Daraufhin begannen ihre Kardinäle, ohne die Päpste miteinander zu verhandeln. Nach längeren Vorgesprächen luden die Kardinäle 1409 zu einem gemeinsamen Konzil nach Pisa ein, vor dem beide Päpste erscheinen und durch ihren Rücktritt den Weg zu einer Neuwahl frei machen sollten. Die weigerten sich, aber England und Frankreich ebenso wie die Könige Wenzel und Sigismund unterstützten die Kardinäle, während Ruprecht an Papst Gregor festhielt. Das Kardinalskonzil von Pisa wählte den hoch angesehenen Peter Philargi, der den Namen Alexander V. annahm, aber die alten Päpste traten nicht zurück. Damit gab es nun drei Päpste. Die spanischen Königreiche blieben bei dem Papst aus Avignon, England, Frankreich und große Teile von Deutschland gingen zum neuen Papst über, und der römische Papst geriet in fast völlige Abhängigkeit von König Ladislaus von Neapel.

In dieser verfahrenen Lage starb König Ruprecht im Juni 1410, und Sigismund beeilte sich, seine Nachfolge anzutreten. Dieses Mal waren die rheinischen Kurfürsten auch kirchlich gespalten, weil Trier und die Pfalz an Gregor festhielten, während Köln und Mainz sich Alexander angeschlossen hatten. Unsicher waren auch die beiden luxemburgischen Stimmen. Wenzel übertrug die böhmische Stimme auf seinen Vetter Jobst von Mähren, der auch Markgraf von Brandenburg war. Aber Sigismund, der früher Markgraf von Brandenburg gewesen war, beanspruchte die Stimme für sich und übertrug sie auf den Burggrafen von Nürnberg. Es kam wieder zu einer Doppelwahl. Pfalz, Trier und der Burggraf wählten Sigismund, Mainz mit Köln, Brandenburg und Böhmen Jobst von Mähren. Nach den drei Päpsten gab es jetzt also auch drei luxemburgische Könige. Doch zum Glück starb Jobst schon zwei Monate später, und die anderen Kurfürsten schlossen sich im Januar 1411 der Wahl Sigismunds an. Mit seinem Bruder Wenzel einigte er sich darauf, ihm weiterhin die Reichsinsignien und die Hälfte der Reichseinkünfte zu überlassen und erst nach seinem Tod die Kaiserkrönung anzustreben.

Kapitel 9: Das Konstanzer Konzil

Sigismund war sich darüber im Klaren, dass eine erfolgreiche Lösung der Kirchenfrage ihm einen ungeheuren Prestigezuwachs einbringen würde. Der Weg dafür war auch schon vorgezeichnet. Pisa war ein Konzil der Kardinäle gewesen, aber dagegen hatte es Widerstand gegeben. In Denkschriften zum Beispiel der Universität Heidelberg wurde eingewendet, dass gerade die Kardinäle ein Teil des verdorbenen Kirchenapparates seien, der erneuert werden müsse. Das Konzil, das das Schisma lösen und die Kirche reformieren konnte, musste ein allgemeines Konzil sein, nicht nur der Kardinäle und Bischöfe, sondern der ganzen Christenheit. Die theologische Diskussion um ein solches Konzil war in den Jahren zuvor schon heftig geführt worden, und zwar in den neuen Universitäten. Die älteste und bedeutendste war die Universität von Paris, aber auch die jüngeren deutschen Hochschulen waren daran beteiligt. Jan Hus gehörte zum Lehrkörper der Prager Universität und vertrat dort sehr dezidierte Meinungen zur Verfassung der Kirche. Die konziliare Theorie, die gerade bei den Universitäten viele Anhänger gefunden hatte, setzte gedanklich dieses allgemeine Konzil an die erste Stelle der Kirche, über die kirchlichen Amtsträger, die Bischöfe und Kardinäle und den Papst. Die gegenwärtige Lage der Kirche, im Prunk und Wohlleben erstarrt, auf Geld und Pfründen fixiert und jetzt auch noch unter drei Päpsten aufgeteilt, forderte ein solches allgemeines Konzil geradezu heraus.

Es spricht für Sigismunds großes taktisches Geschick, dass er dieses Konzil in kürzester Zeit verwirklicht hat. Er hätte versuchen können, als oberster Laie und als Vogt der Christenheit ein Konzil einzuberufen, denn er ließ sich von Anfang an als Kaiser titulieren, obwohl er erst

1433 gekrönt wurde. Aber da hätte die Amtskirche nicht mitgemacht. Deshalb ließ er es vom Pisaner Papst einberufen. Alexander V. war schon 1410 gestorben, und die Kardinäle hatten den Baldassare Cossa als seinen Nachfolger gewählt. Den späteren Legenden nach war Johannes XXIII. eine Art Räuberhauptmann, der seine Wahl durch üble Drohungen erzwungen hatte. Das ist vermutlich nicht richtig, und er war von den drei Päpsten der mit der größten Anhängerschaft und rechnete deshalb bei einem Konzil mit seiner Bestätigung. Sigismund bestärkte ihn in dieser Meinung, war aber von Anfang an bereit, ihn im Konzil fallen zu lassen.

Auch die Auswahl des Ortes war geschickt gemacht. Johannes XXIII. hätte Norditalien vorgezogen, aber Italien war unsicher, Mailand umstritten, Florenz mit Frankreich verbündet. Deshalb schlug Sigismund auf den Rat des Grafen Eberhard von Nellenburg Konstanz vor. Geographisch lag es in der Mitte, mit einem leichten Zugang von Italien und vom Westen her, eine Freie Reichsstadt mit guten Verbindungen (Konstanz gehörte zur Ravensburger Handelsgesellschaft, und einer der Mitgründer, der Konstanzer Kaufmann Lütfried Muntprat galt als einer der reichsten Männer überhaupt) und dazu politisch neutral, wenn auch umgeben von Habsburger Hausbesitz, eine der ältesten Bischofsstädte mit römischen Wurzeln. Nachdem Ort und Zeit mit den päpstlichen Verhandlungsführern geklärt war, lud Sigismund am 30. Oktober von Como aus im Rahmen seines "imperiale officium", seines kaiserlichen Amtes die Christenheit zu einem allgemeinen Konzil nach Konstanz. Die Christenheit, das waren die Könige und Regierungen, aber auch die Universitäten. Erst danach traf er sich Ende November in Lodi mit Johannes XXIII., der dann am 9. Dezember seinerseits mit der Bulle "Ad pacem et exaltacionem" auf den 1. November 1414 zum Konzil nach Konstanz einlud und sein eigenes Erscheinen zusagte.

Für Konstanz war die Unterbringung des Konzils eine große Sache. Die Stadt verzeichnete 1500 Steuerbürger, also etwa 6000 Einwohner. Für das Konzil sprechen manche Chroniken von 50 000 Besuchern. So viele waren es sicher nicht, auch war in den vier Jahren ein ständiges Kommen und Gehen, aber wir können auf jeden Fall rechnen, dass auf einen Einwohner 3 bis 4 Konzilbesucher kamen. Das waren nicht nur die geistlichen und weltlichen Herren, sondern auch ihre Diener und Begleiter. Kein hoher Herr reiste ohne stattliches militärisches Gefolge, aus Sicherheitsgründen wie um die eigene Bedeutung zu betonen. Friedrich von Österreich, der habsburgische Herzog von Tirol, erschien mit 600 Berittenen. Für die einfachen Leute gab es Massenquartiere, aber die höheren brauchten eine entsprechende Residenz. Natürlich musste auch ins Umland ausgewichen werden. Der Rat der Stadt Konstanz übernahm und garantierte die Versorgung der Konzilteilnehmer. Lebensmittel wurden täglich über den Bodensee angeliefert. Für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung war ein Herr von Bodman als Marschall und Oberster der Stadtknechte verantwortlich. Der Magistrat legte Höchstpreise für Lebensmittel und auch für die "Hübschlerinnen" fest. Trotzdem schreibt Oskar von Wolkenstein, ein Südtiroler Ritter, der während des Konzils von Sigismund in Dienst genommen wurde, über die Preise (in der Übersetzung von Dieter Kühn aus Ich, Wolkenstein):

*Bin schon weit herumgekommen,
Preußen, Rußland, Syrien,
hab noch nirgendwo erlebt,
dass man derart scharf balbiert!*

Natürlich war auch ein funktionierendes Bankwesen und der freie Geldverkehr wichtig, denn man wollte ja nicht mit dem Geldsack im Gepäck reisen und wusste auch nicht, wie lange die Veranstaltung dauern und wieviel Geld nötig sein würde. Aber hier war Konstanz mit seinen Handelsbeziehungen bestens gerüstet.

Papst Johannes XXIII. hielt am 28. Oktober 1414 seinen feierlichen Einzug, und am 5. November wurde das Konzil im Münster eröffnet. Dort und nicht im sogenannten Konzilsgebäude fanden die meisten Sitzungen statt. In den vorbereitenden Gesprächen und den ersten Sitzungen wurden Geschäftsordnungsfragen geregelt. Dabei wurde ein eher

ungewöhnliches Abstimmungsverfahren festgelegt. Die Konzilsbesucher wurden in Nationen eingeteilt:

- die deutsche Nation (mit Skandinaviern, Polen, Tschechen, Ungarn, Kroaten)
- die englische Nation (mit den Schotten, die mit England verfeindet waren)
- die französische Nation (mit beiden Bürgerkriegsparteien und der Delegation der Universität von Paris)
- die italienische Nation
- die spanische Nation
- die Kardinäle aller 3 Päpste, die eine Nation für sich bildeten.

Bei Abstimmungen hatte jede Nation eine Stimme. Die eigentlichen Entscheidungen fielen also vorher in den einzelnen Nationen und durch Absprachen zwischen den Nationen oder zwischen den in allen Nationen vertretenen Gruppen. Deshalb gab es auch viele Sitzungen von Gruppen oder in den Nationen, aber nur wenige Plenarsitzungen.

Sigismund traf erst am Heiligen Abend ein. Sein erster Auftritt war sehr symbolisch die Weihnachtsmesse im Münster. In den folgenden Wochen verständigte er sich mit den wichtigsten Führern des Konzils. Das waren vor allem drei von Johannes XXIII. ernannte Kardinäle, die sich jetzt für die Superiorität des Konzils stark machten: Pierre d'Ailly, Bischof von Le Puy, Francesco Zabarella, Bischof von Florenz und Guillaume Fillastre, Dekan in Reims. Der vierte war der Kanzler der Universität von Paris, der Theologe und Jurist Jean Gerson, der allerdings sozusagen zum Konzil geflohen war, weil er sich gegen die burgundische Partei ausgesprochen hatte und ihren Einfluss auf seine Universität fürchten musste. Er konnte auch nach dem Konzil nicht nach Paris zurück, sondern ging nach Lyon ins Kloster.

Eine erste Entscheidung erlaubte den Vertretern der beiden anderen Päpste, vor ihrer Residenz das Wappen ihres Papstes anzubringen. Das zeigte Johannes XXIII., dass es für ihn nicht so leicht werden würde. In den folgenden Wochen nahmen die Angriffe gegen ihn zu. Pamphlete und Kampfschriften wie die des deutschen Theologen Dietrich von Niem behaupteten, dieser Papst sei nicht richtig gewählt, sondern habe seine Wahl durch Gewalt erzwungen und sei eigentlich ein Räuberhauptmann, er sei kein geweihter Priester, er habe seine Seele dem Teufel verschrieben und sei mit seiner Hilfe Papst geworden und ähnliches mehr. Als Johannes sah, dass die Stimmung sich gegen ihn wendete, beschloss er, das Konzil heimlich zu verlassen und es so zu sprengen. Sein Helfer dabei war Herzog Friedrich von Österreich, ein Sohn des bei Sempach gefallenen Leopold und Herr von Tirol. Er kontrollierte den Weg nach Italien und fühlte sich wegen der um den Bodensee liegenden habsburgischen Besitzungen eigentlich als "Hausherr". Schon bei der Anreise hatte sich Johannes mit ihm verständigt und ihn zu seinem Generalkapitän ernannt.

Friedrich von Österreich war aber auch ein Intimfeind Sigismunds. Sigismund protegierte die ältere albertinische Linie der Habsburger, die in Österreich residierte. Deren Erben Albrecht hatte er 1411 gegen den Widerstand der leopoldinischen Linie vorzeitig für mündig erklärt und mit seiner 1409 geborenen Tochter Elisabeth verlobt. Damit war Österreich auf dem Weg zu einem Teil des luxemburgischen Blocks. Friedrich vertrat Sigismund gegenüber die Interessen und Ansprüche des habsburgischen Gesamthauses, wenn auch nicht sehr erfolgreich. Deshalb unterstützte er die Fluchtpläne des Papstes in der Hoffnung, damit an politischem Gewicht zu gewinnen. Sigismund war wohl von Anfang an über die Fluchtidee informiert, sie kam aber seinen Plänen entgegen. Der Papst stellte sich krank, und Friedrich hielt zur Ablenkung vor den Toren der Stadt ein Turnier ab. In der Nacht vom 20. zum 21. März flohen beide nach Schaffhausen, in den habsburgischen Machtbereich. Dort verfasste Johannes Briefe, um seine Flucht zu rechtfertigen und die Kardinäle zu sich zu beordern.

In Konstanz drohte das Konzil ohne Papst auseinander zu laufen. Jean Gerson hielt im Münster eine mitreißende Predigt für die Superiorität des Konzils, und in einer Plenarsitzung wurde das Dekret "Haec Sancta" beschlossen, nachdem das Konzil seine Gewalt unmittelbar von Christus habe. Sigismund erklärte Friedrich von Österreich in die Reichsacht. Weil

Schaffhausen nicht sicher schien, zogen die Flüchtlinge nach Laufenburg weiter. Als die Reichsacht in der Schweiz bekannt wurde, fielen die Schweizer im Aargau ein und eroberten sogar die Habsburg. Vom Konzil wurde dem geflohenen Papst angedroht, nur durch seine Rückkehr und die Abdankung könne er Prozess und Bestrafung vermeiden. In Breisach ließ Friedrich, vom Herzog von Bayern beraten, den Papst fallen und kehrte nach Konstanz zurück, um sich zu unterwerfen und die Reichsacht zu lösen. Der Papst wurde nach Freiburg und dann nach Radolfzell gebracht. Von dort holte ihn der Burggraf von Nürnberg zum Prozess nach Konstanz. Schon am 29. Mai wurde das Urteil der Absetzung und Einkerkierung verkündet. Der frühere Papst blieb bis 1418 in Heidelberg in Haft. Dann wurde er dem neuen Papst übergeben, der ihn zum Kardinalbischof von Tusculum ernannte. Cossa starb im Dezember 1419. Die nicht unerheblichen Kosten für die standesgemäße Haft in Heidelberg und für das von Donatello ausgeführte Grabmal in Florenz zahlten die Medici.

Die Ankunft des Papstes und sein tiefer Fall müssen auf die Konstanzer wie die Konzilsbesucher, zu denen viele weltliche Herren vor allem aus Südwestdeutschland gehörten, einen großen Eindruck gemacht haben, ähnlich wie der Prozess gegen Jan Hus. Als Hus nach Konstanz reiste, war er durch den Prager Erzbischof längst überall und lautstark als Ketzler denunziert. Außerdem hatte er inzwischen den Schutz König Wenzels verloren, weil er gegen einen päpstlichen Ablass gepredigt hatte, an dessen Erträgen dieser finanziell beteiligt war. Deshalb wurde er von der Kurie des Papstes Johannes XXIII. mit dem schweren Bann belegt. Jedoch hatte König Sigismund ihn in einem besonderen Brief "in unseren und des Heiligen Römischen Reiches Schutz" genommen und ihm sicheres und freies Geleit zum Konzil zugesagt.

Die Themen, um die es Hus ging, waren die eigentlichen Reizthemen der abendländischen Christenheit. Auf der einen Seite stand die Amtskirche, durch drei Kurien abenteuerlich aufgebläht, mit einem ungeheuren Finanzbedarf und einer damit verbundenen hemmungslosen Pfründenwirtschaft. So ziemlich jedes kirchliche Amt war gegen entsprechende Zahlungen zu haben. Sondereinnahmen wurden etwa durch Ablässe erzielt. Die Amtskirche hatte dabei nicht einmal ein schlechtes Gewissen, weil die Geistlichkeit seit den Zeiten des Investiturstreits einen Platz hoch über den Laien beanspruchte, die zwar für ihre angemessene Versorgung zuständig waren, aber kein Recht auf Mitsprache und Kritik beanspruchen durften. Widerstand dagegen kam nicht nur aus den Bettlerorden und Laienbewegungen am Rand der Kirche, sondern auch aus den Universitäten, wo gelehrte Magister die Anmaßungen der Amtskirche mit den Heiligen Schriften und den Kirchenvätern verglichen und ihre Schlussfolgerungen öffentlich vortrugen und schriftlich verbreiteten. Zu ihnen gehörte etwa John Wiclif, der nach 1360 an der Universität Oxford lehrte und die Mittlerrolle der Geistlichkeit überhaupt bestritt. Die Ansammlung von Geld und Gut durch die Kirche hielt er für eine besonders schwere Sünde. Der Bischof von London und der römische Papst Gregor XI. verurteilten diese Ansichten als Ketzerei, aber sie verbreiteten sich dennoch im universitären Milieu, und Hus lernte sie an der Prager Universität kennen.

Dass sich das Konzil mit Hus beschäftigte, war also kein Zufall, sondern nur die Personalisierung einer Grundsatzfrage des Glaubens, über die das Konzil entscheiden musste. Die französischen Kurienkardinäle unter Führung von d'Ailly wollten Fakten schaffen, indem sie Hus kurz nach seiner Ankunft noch im Dezember 1414 verhaften und einsperren ließen, weil er im Kirchenbann stand. Sigismund redete sich mit der Behauptung heraus, sein Schutzbrief habe sich nur auf den Weg zum Konzil bezogen, nicht auf das Konzil selber. In Böhmen bewirkte die Verhaftung von Hus eine unerwartete Solidaritätsbewegung der adligen Herren. Den theologischen Führern Zabarella und Gerson, die manche These von Hus auch verteidigten, lag eigentlich eher am Widerruf als an einer Verurteilung. Die von Zabarella aufgesetzte Widerrufsformel übertrug die ganze Verantwortung auf das Konzil und schien ein bequemer Ausweg. Aber Hus blieb unnachgiebig. Am 1. Juli schrieb er:

Was die Sätze betrifft, die aus meinen Schriften ausgezogen sind, soweit korrekt wiedergegeben, erkläre ich: falls einer davon einen fehlerhaften Sinn enthalten sollte, so

verwerfe ich diesen Sinn. Da ich aber befürchten muss, gegen die Wahrheit zu verstoßen und die Ansichten der Heiligen, so bin ich nicht bereit, etwas davon zu widerrufen.

Hus hatte sich als geschickter Verteidiger und bedeutender theologischer Sachkenner erwiesen, und er war nicht bereit, die Autorität des Konzils pauschal anzuerkennen, sondern verlangte, dass ihm Irrtümer nachgewiesen werden müssten. Das vergrämte auch die Anhänger der konziliaren Theorie. So kam es am 6. Juli auch auf Druck von Sigismund zur öffentlichen Verurteilung im Münster, und am selben Tag wurde Hus vor dem Stadttor verbrannt.

Die Hinrichtung von Hus war als ein Zeichen für die Einheit der Kirche und des Glaubens unter dem Konzil gedacht, aber sie wirkte sich ganz anders aus. Hieronymus von Prag, Student in Prag und Oxford, 1410 Mitbegründer der Universität Krakau, war eigentlich zum Konzil gekommen, um Hus zu verteidigen. Auch er wurde festgenommen und stimmte im September 1415 einem Widerruf zu. Trotzdem wurde er nicht freigelassen, sondern mit immer neuen Vorwürfen konfrontiert. Schließlich erklärte er:

Ich glaube nicht, dass Jan Hus zu Recht verdammt wurde! Wenn ich das früher zugab, so tat ich es gegen mein Gewissen. Seine Lehre war recht und heilig wie sein Leben, und ich werde fest zu ihm halten. Und des zum Zeugnis widerrufe ich den Brief, den ich nach Prag schrieb mit der Ablehnung der Ansichten und Meinungen des Jan Hus.

Dafür wurde Hieronymus von Prag am 16. Mai 1416 an derselben Stelle wie Hus verbrannt. Die Beruhigung, die sich das Konzil damit in Böhmen erhofft hatte, trat nicht ein. Die Prozesse um Hus und Hieronymus hatten ihre Thesen dort erst richtig populär gemacht, viele Adlige und Bürger sympathisierten mit einer radikalen Erneuerung der Kirche und einige radikale "Hussiten" setzten sie in den kommenden Jahren in einer religiösen Gemeinschaft auf dem Berg Tabor um, die ihr Leben durch Überfälle in Deutschland sicherte, dem Land, das Hus mit einem Geleitbrief nach Konstanz gelockt und dort umgebracht hatte. Sigismund folgte 1419 seinem Bruder Wenzel als König von Böhmen nach, aber erst 1434 nach der Niederschlagung der radikalen Hussiten konnte er die Herrschaft wirklich übernehmen. Die Hussitenkriege belasteten Böhmen und das angrenzende Deutschland schwer. Fünf Kreuzzugsheere wurden zwischen 1420 und 1431 geschlagen. Der Ketzerprozess gegen Hus erwies sich als schwere Belastung für die Glaubwürdigkeit des Konzils, weil er den Schutz der Amtskirche höher stellte als die offene und notwendige Diskussion über sie. Und das Königtum Sigismunds im Reich und in Böhmen war dadurch mit einem Makel behaftet, der viel zum letztlichen Scheitern dieses übertaktischen Herrschers beitrug.

Die Konzilsstrategen fürchteten, dass mit der Wahl eines neuen Papstes das Konzil schnell auseinanderlaufen würde. Außerdem war zwar ein Papst abgesetzt, und der römische Gregor XII. hatte den Weg freigemacht. Aber Benedikt XIII. weigerte sich zurückzutreten. Listigerweise schlug er vor, dass ein neuer Papst nur von denen gewählt werden könnte, die beim Beginn des Schismas 1378 schon Kardinal waren, und das war nur noch er. Benedikt wurde vor allem von Aragon gestützt und anerkannt. Deshalb machte sich Sigismund Mitte 1415 auf die Reise nach Spanien und Frankreich und kam erst im Januar 1417 nach Konstanz zurück mit der Zusage, dass Aragon einer Absetzung Benedikts zustimmen würde. In der Zwischenzeit wurden beim Konzil Fragen der Kirchenreform diskutiert. Das Grundanliegen dabei war die Reduzierung und Entmachtung der Kurie. So sollten Konzilien regelmäßig wenigstens alle zehn Jahre stattfinden, die Zahl der Kardinäle auf 24 beschränkt und die Pfründenwirtschaft eingeschränkt werden. Aber mit der Wahl Martins V. am 11. November 1417 hatte die Kirche wieder ein kuriales Zentrum, und der neue Papst verbot bald die Appellation gegen eine päpstliche Entscheidung an ein Konzil und lehnte damit indirekt aber deutlich die konziliare Theorie ab. Die einzelnen Nationen beeilten sich, mit dem Papst Absprachen wegen der Pfründenwirtschaft zu treffen und so wenigstens im Kleinen zu einer Lösung zu kommen. Am 22. April 1418 wurde das Konzil geschlossen.

Für Konstanz war die Wahl eines neuen Papstes sicher ein ganz außergewöhnliches Ereignis. Insgesamt hat das Konzil viel beigetragen zur Öffnung Südwestdeutschlands für

die Einflüsse insbesondere der italienischen Renaissance und für die Entwicklung des geistigen Lebens. Viele adlige Herren aus dem Südwesten haben zumindest zeitweilig am Konzil teilgenommen. Für Graf Eberhard den Mildern von Württemberg wurde nach seinem Tod 1417 im Konstanzer Münster ein feierliches Hochamt gehalten. Der zollerische Burggraf von Nürnberg wurde auf dem Konzil mit der Markgrafschaft Brandenburg belehnt. Landesgeschichtlich bedeutsam war noch der zweite Abfall Herzog Friedrichs 1416, seine Flucht nach Tirol und der zweite Bannspruch 1417. Sigismund verfügte danach über den vorderösterreichischen Besitz wie über ein erledigtes Reichslehen. Er setzte den Markgrafen Bernhard von Baden zum Administrator ein. Darauf rückte Friedrichs Bruder Ernst im März 1418 mit einem Heer vor Konstanz, der neue Papst Martin übernahm die Vermittlung, und im Mai erhielt Friedrich alle seine Besitzungen zurück bis auf den Aargau, der beim Schweizerbund verblieb.

In Konstanz sind noch manche Erinnerungen an das Konzil zu finden, das Münster, das Konzilsgebäude, das Dominikanerkloster und heutige Insel-Hotel, die Hussengasse und der Gedenkstein für Hus und Hieronymus. Eines der schönsten landesgeschichtlichen Dokumente ist die reichbebilderte Chronik des Konstanzer Konzils von Ulrich Richental. Die besterhaltene Abschrift liegt heute im Rosgartenmuseum in Konstanz. Richentals Chronik verdanken wir nicht nur eine Fülle von lebensnahen Abbildungen, sondern auch die Einzelheiten über die Anordnungen des Rates, die Sitzordnung im Konzil und den genauen Ablauf mit der Datierung der Geschehnisse an den einzelnen Tagen.

Kapitel 10: Bis zum Ende des Basler Konzils

Sigismund hatte durch das Konzil zum ersten Mal Kontakt mit Fragen der Reichspolitik außerhalb des luxemburgischen Blocks und der Kurfürsten. In Konstanz duldete und förderte er die Erneuerung der Städtebünde wie der ritterschaftlichen Einungen, von denen die "Ritterschaft und Gesellschaft mit St. Jörgenschild in Schwaben" die größte und einflussreichste wurde. Der König hielt sich auch noch nach dem Ende des Konzils im Südwesten auf, in Basel, Straßburg, Haguenau, dann im August mit dem Markgrafen von Baden auf der Jagd und im September auf einem Städtetag in Ulm, wo er die Reichsstädte zu einem gemeinsamen großen Bund mit ihm als Führer bewegen wollte. Aber dann erwarteten ihn dringende Geschäfte in Ungarn, und der Tod seines Bruders Wenzel machte ihn zum Erben in Böhmen. Die Geschäfte im Reich überließ er dem neuen Markgrafen von Brandenburg.

Schwaben blieb für über zehn Jahre sich selbst überlassen, und Städte, Ritter und Territorialherren kämpften wie vorher in wechselnden Bündnissen und Fehden miteinander und gegeneinander. Am schwierigsten war die Lage hier für die bisher so erfolgreichen Habsburger. Die Teilung in die ältere albertinische und die jüngere leopoldinische Linie wurde tiefer, und der 1397 geborene Albert band sich immer stärker an seinen Schwiegervater Sigismund. Und die leopoldinische Linie war schon wieder zwischen den Brüdern Ernst und Friedrich strittig, auch wenn Ernst in der höchsten Not 1418 dem Bruder vor Konstanz zu Hilfe gekommen war. Dazu kam der Schweizer Bund, der sich in seiner Unabhängigkeit immer mehr verfestigte und für die Habsburger einen herben Verlust an Macht und Prestige bedeutete.

Auch die Württemberger hatten ihre Probleme. Auf Eberhard den Mildern war 1417 ein weiterer Eberhard gefolgt, der jüngere, den sein Vater mit der reichen Erbin Henriette von Mömpelgard verheiratet hatte, durch die die Grafschaft Mömpelgard mit einigem Besitz zwischen dem südlichen Elsass und Burgund zu Württemberg kam. Dieser Eberhard starb schon 1419, und seine Söhne, der 1410 geborene Ludwig und sein 1413 geborener Bruder Ulrich waren minderjährig. Die Vormundschaft übte die Witwe mit einem aus 30 Adligen bestehenden Vormundschaftsrat aus. Henriette war eine starke Persönlichkeit, die mit harter Hand zu regieren versuchte und darüber mit den Räten immer wieder in Konflikt kam. Wie ihr

Schwiegervater und ihr Mann suchte sie ein gutes Verhältnis zu den Reichsstädten. Wegen der Belehnung der jungen Grafen wurde auf Weisung König Sigismunds ein allerdings nur als Zusammenfassung erhaltenes Verzeichnis erstellt, in dem der Besitz Württembergs unterschieden nach Reichslehen, anderen Lehen und Eigengut aufgeführt wurde. 1426 wurde Graf Ludwig für volljährig erklärt, aber seine Mutter hatte noch bis zu ihrem Tod 1444 Einfluss auf die Politik, so großen, dass die Söhne sie bei ihren Teilungsplänen 1441 um Zustimmung fragten und sie 1442 aus Verärgerung über ihre Erbregelung zeitweilig einsperren ließen, und die Herrschaft über Mömpelgard gab sie bis zu ihrem Tod nicht aus der Hand.

Zwar legte ein Hausgesetz für Württemberg die Unteilbarkeit des Territoriums fest, aber die Brüder einigten sich nach langem Hin und Her auf eine Herrschaftsteilung, bei der durch viele Bestimmungen aber die Gesamtherrschaft gesichert bleiben sollte. Der erste Plan war einfach, den Neckar als Grenze zu nehmen, aber das war undurchführbar. So wurde 1442 in Nürtingen für den älteren Bruder Ludwig der Neuffener oder Stuttgarter Teil ausgewiesen, für den jüngeren Ulrich der Uracher Teil. Das Erbe der Mutter sollte nach ihrem Tod gemeinschaftlich regiert werden. Bei dieser Teilung ging es nach Ämtern, nicht mehr nach der ursprünglichen Herkunft des Besitzes. Die Verwaltungseinheit hatte also zugenommen.

Die Geschichte der Fehden und Kriege dieser Jahre ist undurchsichtig und unergiebig. So hatte Markgraf Bernhard von Baden auch durch enge Zusammenarbeit mit Habsburg zum Beispiel im Breisgau seine Macht erheblich ausgeweitet. Schließlich erwarb er 1418 die überschuldete und verwahrloste Markgrafschaft Hachberg am Kaiserstuhl, die einer verarmten Seitenlinie gehörte. Sie sollte zu einer starken wirtschaftlichen Stellung am Rheinknie werden, aber das führte wegen der Zölle zum Konflikt mit den Städten. So kam es 1424 zum Mühlburger Krieg, bei dem eine Koalition aus Reichsstädten am Rhein und dem Kurfürsten von der Pfalz die Existenz der badischen Markgrafschaft in Frage stellte. Das neu ummauerte Emmendingen wurde niedergebrannt, der Markgraf zerstörte alle Schiffe auf dem Rhein, um den Transport von Kanonen und Munition zu verhindern, Rastatt wurde von den Städten eingenommen, Neuburgweier vom Kurfürsten. Gerettet wurde der Markgraf durch das Eingreifen elsässischer und burgundischer Herren. Der Krieg endete erst 1428. Württemberg kämpfte um die selbe Zeit mit den Herren von Geroldseck und mit den Zollern. Im Bündnis mit den Städten wurde der Hohenzollern belagert, erobert und zerstört. Eine Tante der württembergischen Grafen, die mit einem bayrischen Herzog verlobt war, floh vor der Heirat und ließ sich mit ihrem Geliebten, dem Grafen von Werdenberg, heimlich trauen. Auch dieser Skandal führte zwischen 1428 und 1430 zu Rechtshändeln und Fehden. Die Reichsstadt Weinsberg stritt sich mit den Herren von Weinsberg, ein Fürstenberger wurde von einem Herren von Falkenstein gefangen genommen. Die ganzen Fehden und Unruhen führten aber nicht zu großen Veränderungen, sondern endeten meistens mit der Wiederherstellung des alten Zustandes.

Ende 1430 tauchte Sigismund wieder in Ulm auf und zog im Januar 1431 über Rottweil, Balingen, Tübingen und Schorndorf nach Nürnberg, wo er zu einem Reichstag eingeladen hatte. Es ging um die Finanzierung und Zurüstung eines neuen Kreuzzugs gegen die Hussiten und um das Basler Konzil. Denn die Unversöhnlichkeit der Hussiten ebenso wie das Stagnieren der Kirchenreform hatten den in Konstanz gewählten Papst Martin dazu bewogen, ein weiteres Konzil nach Süddeutschland einzuberufen, dieses Mal nach Basel. Aber er starb kurz darauf, und sein im März 1431 gewählter Nachfolger Eugen IV. hielt wie die übrige Amtskirche ein Konzil für unnötig und störend. So wurde das Basler Konzil am 23. Juli nur vom Vertreter des päpstlichen Legaten eröffnet, und es war kein einziger Bischof anwesend. Das Basler Konzil war viel kleiner als das Konstanzer und vor allem von Universitätstheologen und Regierungsvertretern besucht. Am 18. Dezember gab der Legat und Konzilspräsident Cesarini vorschnell die Auflösung des Konzils durch den Papst bekannt. Aber das Konzil verweigerte den Gehorsam und baute in den nächsten Jahren die konziliare Theorie aus. Nikolaus von Cues schrieb dafür seine *Concordantia Catholica*, in der er für den Ausgleich zwischen Haupt und Gliedern, zwischen päpstlichem Zentralismus und

Kirche vor Ort eintrat. Der größte Erfolg des Konzils war die Lösung der Hussitenfrage. Mit den Prager Kompaktaten von 1433 wurden die gemäßigten "Utraquisten" wieder mit der Kirche versöhnt und ihnen das Abendmahl in beiderlei Gestalt zugestanden. Die isolierten Radikalen wurden geschlagen und ihre Festung Tabor erobert und geschleift.

Sigismund hatte wie andere weltliche Herren das Konzil gestützt, war aber selber nach Italien gezogen und 1433 in Rom zum Kaiser gekrönt worden. Er überredete den Papst zur Zurücknahme der Auflösungsbulle. Am 11. Oktober zog er zum Empfangsgottesdienst ins Münster von Basel ein. In den folgenden spannungsreichen Jahren stritt sich das Konzil mit dem Papst um die Kirchenreform, die Unterordnung des Papstes unter das Konzil und die Vereinigung mit der orthodoxen Kirche, die wegen der Bedrohung Konstantinopels durch die Türken Anlehnung und Hilfe im Westen suchte. Am 18. September 1437 verlegte der Papst das Konzil nach Ferrara. Der Legat Cesarini und Nikolaus von Cues folgten dieser Anweisung, die Mehrheit blieb aber zurück. Sigismund, der vielleicht noch einmal hätte vermitteln können, starb im Dezember 1437.

Das Basler Konzil arbeitete weiter an einer Kirchenreform, die die Landeskirchen durch mehr Selbständigkeit und eigene Synoden stärken sollte. Doch es baute auch die Superiorität des Konzils aus, und als Eugen IV. diesen Glaubenssatz bestritt, wurde er für abgesetzt erklärt und der bisher weltliche und reiche Herzog Amadeus von Savoyen als Felix V. zum Papst gewählt. Er fand zwar nur wenig Anerkennung, das Rumpfkonzil vertagte sich 1443 nach Lausanne, und 1449 resignierte Felix V. und das Konzil löste sich auf. Aber die Reformdekrete von Basel wurden 1438 von einer französischen Nationalsynode als Grundlage für eine französische Landeskirche übernommen, in der die Papstkirche keinen Einfluss mehr auf die Bischofswahlen und kein Recht auf Pfründen, Jahresgelder und andere Einnahmen hatte. Auch die Kurfürsten und die deutschen Bischöfe übernahmen im Mainzer Akzeptationsinstrument von 1439 die Basler Dekrete, doch nicht für eine deutsche Kirche, sondern jeder für sich selber. So war das Basler Konzil trotz seines äußerlichen Scheiterns ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Reform der Kirche durch Dezentralisierung.

Nach dem Tod Sigismunds schien sein habsburgischer Schwiegersohn Albrecht, der ihn als König von Böhmen und Ungarn und Herr über Schlesien, Nürnberg und die Oberpfalz beerbte, sein einziger möglicher Nachfolger, denn das deutsche Königtum war inzwischen so kraft- und mittellos, dass nur ein Fürst mit großem Rückhalt an seiner Hausmacht es noch übernehmen konnte. Albrecht wurde im März 1438 von den Kurfürsten zum König gewählt. Auf einem Reichstag in Nürnberg legten diese als Mitregierende auch den Entwurf für ein umfassendes Landfriedensgesetz mit dem generellen Verbot der Fehde vor. Aber Albrecht II. musste zunächst die Nachfolge in seinen Erbländern sichern und starb im Oktober 1439 in Ungarn auf dem Rückweg von Szegedin nach Wien. Der Aufstieg des luxemburgischen Hauses, der mit der Ermordung des Habsburgers Albrecht I. 1308 begonnen hatte, endete mit dem des habsburgischen Schwiegersohnes Albrecht II. 1439. Nach dem Tod des nachgeborenen Albrecht-Sohnes Ladislaus 1457 wurden in Böhmen Georg Podiebrad und in Ungarn Matthias Corvinus zu Königen gewählt, und der luxemburgische Erbanspruch auf diese Länder ging mit Albrechts Tochter Elisabeth an die polnischen Jagiellonen, die dann um 1500 in allen drei Königreichen herrschten.